

Vierte Sitzung – Quatrième séance

Donnerstag, 2. Dezember 1982, Vormittag

Jeudi 2 décembre 1982, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Eng

82.052

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1983 Budget de la Confédération 1983

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 1536 hiervoor – Voir page 1536 ci-devant

Eidgenössisches Finanzdepartement Département des finances

Fortsetzung – Suite

Anträge siehe Seite 1529 hiervoor – Propositions voir page 1529 ci-devant

Bundesrat **Ritschard**: Herr Renschler hat uns gestern vorgeworfen, der Bundesrat verstecke sich in der heiklen Frage der Arbeitszeitverkürzung hinter dem Parlament, und Herr Zbinden hat es als unanständig empfunden, dass der Bundesrat diesen Entscheid dem Parlament aufgehalst und nicht selber nein dazu gesagt hat. Ich empfinde es nicht als Nachteil, dass diese Debatte gestern hier hat stattfinden müssen, und ich bin ganz sicher, dass dies auch das Bundespersonal versteht. Das Personal ist, von einigen «Spritzern» abgesehen, im allgemeinen doch gerecht behandelt worden. Etwas anderes – das ist auch gesagt worden – hätte es ja nicht verdient. Auch wenn wir keine Vorlage ausgearbeitet hätten, Walter Renschler, und es keine Beschlüsse des Parlaments über den Personalstopp gäbe, hätte sich das Parlament mit dieser Frage befassen müssen.

Für das zusätzlich benötigte Personal sind in jedem Fall höhere Budgetkredite notwendig, und diese Kredite hätten in den Kommissionen und in diesem Rat ohne jeden Zweifel auch zu einer Debatte geführt. Wenn der Bundesrat, Herr Nationalrat Zbinden, entgegen seiner Auffassung und Überzeugung zur Arbeitszeitverkürzung zum voraus nein gesagt hätte, wäre das Parlament einer Stellungnahme vermutlich auch nicht entgangen. Sie hätten dann wahrscheinlich eine Motion diskutieren müssen. Im übrigen ist es auch in der Privatwirtschaft nicht etwa so, dass wichtige Fragen wie eine Arbeitszeitverkürzung einfach durch den Vorstand oder durch eine Verhandlungsdelegation entschieden werden; wenigstens zu meiner Zeit als Gewerkschaftsfunktionär war ein solcher Entscheid immer den Meisterversammlungen oder einer Delegiertenversammlung vorbehalten. Im Bunde ist es, wegen des Budgetrechts, das Parlament, das in dieser Frage den letzten Entscheid zu fällen hat.

Ich möchte, bevor ich hier den Antrag des Bundesrates verteidige, drei spezielle Fragen beantworten:

In den Kosten, Herr Nationalrat Rätz, sind die laufenden Beiträge an die AHV und an die Pensionskasse eingerechnet; nicht mit eingerechnet sind eventuelle Einkaufssummen in die Pensionskasse. Weil aber in der Regel und überwiegend jüngeres Personal neu eingestellt wird, sollten solche Einkaufssummen an sich auch nicht fällig werden, und wenn es welche gäbe, würde die Gesamtsumme nicht sehr gross sein; man kann sie nicht im voraus berechnen.

Über die Finanzlage, von der Herr Magnin in diesem Zusammenhang Auskunft verlangt hat, haben wir vorgestern beim

Budget gesprochen, und es wäre sicher überflüssig, sie hier bei dieser Debatte auch noch zu wiederholen.

Bei Hans Schmid muss ich den Herrn Bundespräsidenten in Schutz nehmen. Er hat in seinen Äusserungen, die kritisiert worden sind, ein Stimmungsbild weitergegeben und nicht gegen die Arbeitszeitverkürzung Stellung genommen; es gab in dieser Frage im Bundesrat keine Minderheiten, und wenn es welche gegeben hätte, würde ich es Ihnen nicht sagen!

Otto Fischer hat uns einmal mehr die Kappe gewaschen. Ich kann ihm nur sagen, und ich brauche jetzt seine Worte, dass dieser unverantwortliche, dieser fahrlässige, dieser unglaubliche Bundesrat immer noch die Übung hat – immer mit Ihren Worten, Herr Fischer –, selbst total verfehlte Entscheidungen gründlich zu überlegen. Ich könnte es Ihnen mit Protokollen und Mitberichten und auch aufgrund von Verhandlungen und vielen Besprechungen, die sich über Monate hinweg im Bundesrat und in diesen Delegationen erstreckt haben, beweisen, dass wir uns diesen Entscheid wirklich nicht leicht gemacht haben. Wir haben ihn wirklich nicht leichtfertig gefällt, und wir stehen auch jetzt noch, nachdem wir aus den Verhandlungen der Finanzkommissionen wussten, wohin der Wind weht, im Bundesrat zu diesem Beschluss.

Natürlich hatten wir alle die Bedenken, die hier gestern geäussert worden sind und für die ich Verständnis habe, auch im Bundesrat weiss Gott nicht leicht genommen. Der Bundesrat hatte Kenntnis von einer Eingabe der Arbeitgeberorganisationen, und die Kantone haben uns einen sehr dokumentierten und fundierten Brief über die Folgen der Arbeitszeitverkürzung in den Kantonen geschrieben. All das hat der Bundesrat diskutiert und hat es sich überlegt, aber schliesslich haben eben doch die Argumente, die bei uns für die Arbeitszeitverkürzung gesprochen haben, schwerer gewogen.

Ich weiss, Otto Fischer beobachtet uns immer mit einer Lupe. Aber wissen Sie, Herr Fischer, die Lupe macht gewöhnlich die Augen etwas kleiner, und da müssten Sie aufpassen. (Heiterkeit)

Die Fakten für dieses Begehren kamen von den Betrieben, von den PTT und von den SBB her. Generaldirektionen und Personalchefs legten uns dar, wie schwierig es geworden sei, besonders in den industrialisierten Gebieten, in den Agglomerationen, neues Personal zu rekrutieren. Es ist zu bedenken: allein um die laufenden Abgänge zu ersetzen, müssen die beiden grossen Betriebe – ohne die Arbeitszeitverkürzung, wohlverstanden – im Jahresdurchschnitt 7400 neue Angestellte rekrutieren. Dazu kommen 2600 bei der Zentralverwaltung. Bei vielen jungen Leuten, die gesucht werden, sind aber die feste Anstellung, die Pensionsberechtigung, eine anständige Besoldung bei weitem nicht mehr allein massgebend.

Wichtig wird mehr und mehr auch – und das werden Sie selber auch immer wieder hören – die Arbeitszeit: nicht die zwölf Minuten im Tag, Herr Alder, nicht die zwölf Minuten, von denen Sie gestern immer gesprochen haben. Aber die 5-Tage-Woche und das verlängerte Wochenende spielt bei der Rekrutierung von neuem Personal eben doch eine sehr entscheidende Rolle. Und die öffentlichen Betriebe geraten offensichtlich deshalb auf dem Arbeitsmarkt speziell beim jüngeren Nachwuchs ins Hintertreffen. Gewiss ist es jetzt in diesen letzten Monaten und im letzten Jahr etwas besser geworden, weil die Rezession leider andauert und sich sogar verschärft. Aber die Arbeitszeitverkürzung, die wir jetzt hier beantragen, soll ja erst 1984 und 1985 kommen, und wir wissen und hoffen es alle nicht, dass wir dann immer noch Rezession haben werden.

In vielen Voten spielten gestern auch die Pausen eine wichtige Rolle. Karl Flubacher hat sogar am Fernsehen davon gesprochen. Ich weiss nicht, wann diese Pausen in der Bundesverwaltung eingeführt worden sind. Aber ich habe als Regierungsrat des Kantons Solothurn – auch als Finanzdirektor und Personalchef – erlebt, dass ohne Pausen fast in sämtlichen Büros des Rathauses und anderswo vermutlich auch im Verlaufe des Tages irgendwo Kaffee gekocht

worden ist. Die Fensterbänke erhalten dadurch Wasser-
ringe, so dass wir dann die Büros ständig renovieren lassen
mussten. Das habe ich miterlebt. Wir haben die Sache dann
einfach regeln müssen, aber die Pause war, vermutlich so
wenig wie beim Bund, nicht ein eigentliches Geschenk, es
war die Legalisierung eines bestehenden Zustandes, dem
man mit Verboten einfach nicht beigekommen ist. Übrigens
findet man auf den Bauplätzen Zwischenverpflegungen,
auch dort, wo es keine geregelte Pause gibt. Die Arbeiter
verstecken dann ihr Brot einfach, wenn der Meister auf-
taucht. Das weiss Herr Flubacher ganz genau.

Wir haben den Grundsatz immer anerkannt, dass die
Arbeitsverhältnisse des Bundespersonals nicht als Loko-
motive funktionieren sollen. Bei der Realloohnerhöhung, die
wir letztes Jahr beschlossen haben – nach neun Jahren
erhält sie das Bundespersonal zum ersten Mal wieder –,
war es nach allen amtlichen Statistiken gegenüber den priva-
ten Arbeitnehmern im Rückstand. Der Bund ist hier nicht
vorausgegangen; er hatte eine Entwicklung, die sich in der
privaten Wirtschaft vollzogen hatte, nur nachvollzogen. Und
hier sind die Realloohnerhöhungen, die zufolge der Beförde-
rungen ohnehin immer eintreten, abgezogen worden, wie
man das immer in solchen Fällen macht.

Wir wollen ebenso mit der Arbeitszeitverkürzung, das ist
gestern auch gesagt worden, nicht die Lokomotive spielen.
Etwa ein Drittel der Arbeitnehmer in der privaten Wirtschaft
– und zwar nicht nur in der sterbenden Druckereibranche,
Herr Flubacher – wird ab 1983 die 42-Stunden-Woche
haben. Auch die wichtigste Branche unseres Landes, die
Maschinenindustrie, hat sie über den Gesamtarbeitsvertrag
zugestanden. Die Arbeitgeber – und auch einzelne Herren
in diesem Saale – verlangen vom Bund immer wieder, dass
er von seiner heutigen Regelung bei den Teuerungszulagen
weggehen soll. In der privaten Wirtschaft werde die Teue-
rung nur einmal im Jahr ausgeglichen. Das stimmt. Der
Bund mit seiner seit Jahren bestehenden Regelung war
also hier nicht Lokomotive für die Privatwirtschaft. Sie hat
das nicht nachvollzogen. Das ist der Grund, weshalb dann
die Aufhebung dieses zweimaligen Teuerungsausgleichs in
unser Sparprogramm Eingang gefunden hat. Aber soll der
Bund dann nicht wenigstens dort nachvollziehen dürfen, wo
die private Wirtschaft – wie eben bei der Arbeitszeitverkür-
zung – die Lokomotive gespielt hat und sie zum Teil bereits
abfahren liess?

Ich weiss, dass der Zeitpunkt immer ungünstig ist. Wir
haben Rezession, wir haben Finanzmisere, wer könnte das
negieren, wer könnte es besser tun als der Vorsteher des
Finanzdepartementes? Wir haben in den letzten Jahren
weiss Gott viele Personalbegehren, die uns unterbreitet
wurden – genau aus diesen finanziellen Gründen – abge-
lehnt. Lesen Sie die Personalzeitungen. Wahrscheinlich
haben wir in den letzten drei Jahren, auch schon vorher,
mehr Begehren der Personalverbände abgewimmelt als
bewilligt, immer mit dem Hinweis auf die Finanzen. Aber bei
der Arbeitszeitverkürzung, das sollten wir wirklich verste-
hen, geht es um eine zentrale, um eine sehr ernsthafte
gewerkschaftliche Frage. Diese kann man nicht einfach auf
die Seite schieben und sagen, man habe kein Geld. Der
Zeitpunkt für solche Entscheidungen, Herr Renschler hat
es gestern gesagt, ist tatsächlich nie günstig. Wenigstens
habe ich das nicht erlebt. Als in den fünfziger Jahren für die
Bauarbeiter die Gewerkschaften drei Ferientage im Jahre
verlangt haben, da wollte uns der damalige Präsident der
solothurnischen Baumeister – es war nicht Karl Flubacher,
aber er könnte es gewesen sein – auf unseren Geisteszu-
stand untersuchen lassen. Mit der Arbeitszeit war es äh-
nlich. Ich glaube, die Frage des Zeitpunktes eines solchen
Schrittes ist immer umstritten.

Wenn Herr Fischer von der Produktivität gesprochen hat –
die Frage wird in diesem Zusammenhang zu Recht immer
aufgeworfen – so kann ich eigentlich auf das verweisen,
was ihm Herr Martignoni gesagt hat. Ich kann noch ergän-
zen, dass etwa bei den PTT, den SBB und bei den
Rüstungsbetrieben sich die Produktivität durchaus sehen
lassen kann, ja sehr respektabel ist. In der Verwaltung

haben wir immerhin seit 1975, und Herr Fischer ist daran
nicht unschuldig – er hat sich vielleicht sogar darum Ver-
dienste erworben – einen rigorosen Personalstopp. Wir
haben nicht mehr Leute eingestellt. Das ist offenbar der
Beweis dafür, dass die Produktivität in dieser Verwaltung
auch gestiegen ist, denn vorher haben die Leute sicher
nicht geschlafen. Sie haben auch gearbeitet, und heute wird
mit rationalen Methoden und natürlich mit Investitionen
diese Produktivität gehoben.

Man sieht – das hat sich gestern gezeigt und ich habe ent-
sprechend Äusserungen am Radio gemacht nach dieser
Demonstration; ich habe es auch an Versammlungen, an
denen ich gesprochen habe, gehört – beim Beamten immer
gerne nur die Vorteile, die er hat. Herr Bremi hat das
gestern objektiverweise etwas gerade gestellt. Man sollte
wirklich nicht allein die Beamten im Büro sehen, die übr-
igens ihre Pflicht erfüllen. Man sollte auch die vielen Beam-
ten sehen mit unregelmässiger Arbeitszeit, mit Nacht- und
Sonntagsarbeit, den Lokomotivführer, der da in der Weih-
nachtsnacht seine Maschine führt. Man sollte das staatliche
Lohngefüge sehen, in dem gute Beamte oft jahrelang «sit-
zen bleiben», weil für Beförderungen kein Platz ist. Man
sollte auch die Monopolberufe ansehen, wie die Konduk-
teure, Rangierwerker, die Posthalter, Instruktionen, die
Grenzwärter, Zollbeamten, Bahnhofvorstände, Briefträger.
Alle diese Funktionäre können nie mehr ihren Arbeitgeber
wechseln, für sie ist es auf dem Arbeitsmarkt zu Ende.
Wenn sie ihre Stelle wechseln wollten, müssten sie eine
neue Lehrzeit machen oder Umschulungen bestehen, was
im allgemeinen doch in einem gewissen Alter nicht mehr
getan wird. Auch das muss man sehen, wenn man die feste
Anstellung und die Sicherheit des Arbeitsplatzes des
Beamten erwähnt.

Ich halte es übrigens nicht für möglich, Herr Jelmini, dass
man beim Bund unterschiedliche Arbeitsbedingungen, also
zum Beispiel unterschiedliche Arbeitszeiten, einführen
kann. Bei der Vielfalt der Berufe, die in dieser Verwaltung
und in diesen Betrieben ausgeübt werden, würde das zu
ausserordentlich schwierigen, wenn nicht unmöglichen und
wahrscheinlich auch ungerechten Abgrenzungen führen.
Wir müssen den Rahmen – so leid es einem auch gelegent-
lich tut – für alle in gleicher Weise wählen.

Ich will einen weiteren Grund nennen, weshalb der Bundes-
rat sich schliesslich für seinen Antrag entschieden hat. Er
hat etwas mit Partnerschaft zu tun. Wir mussten nach den
vielen Verhandlungen erkennen, dass die Frage der Arbeits-
zeit dem Personal und natürlich den Personalverbänden
offensichtlich unter die Haut geht. Die Arbeitszeitverkür-
zung – das habe ich schon angetönt – wurde zum zentralen
Thema aller Gespräche, die wir mit den Verbänden geführt
haben. Sie wurde fast zu einem Prüfstein. Wir standen
zuletzt effektiv auch vor der Frage, ob die partnerschaftli-
che Zusammenarbeit, die der Bund mit den Verbänden des
eidgenössischen Personals sich zu pflegen bemüht, an die-
ser Frage zerbrechen soll.

Herr Alder hat gestern von den Unorganisierten gespro-
chen, die man befragen sollte. An den Verhandlungen
waren alle Verbände beteiligt, nicht nur der Föderativver-
band und die christlichen Gewerkschaften, auch der Militä-
rpersonalverband und der Verband der höheren Bundesbe-
amten. Man kann sicher nicht annehmen, dass jeder, der
Mitglied eines dieser Verbände ist, mit diesem Verband
immer auch einverstanden ist. Wo gäbe es einen Verband,
der seine Mitglieder immer ganz geschlossen hinter sich
weiss? Aber wenn diese Verbände des Bundespersonals
das Personal nicht mehr repräsentieren, wer repräsentiert
es dann? Etwa die Nichtorganisierten? Wenn Sie fünf Nicht-
organisierte fragen, dann hören Sie wahrscheinlich in den
meisten Fällen sieben Meinungen. Dem einen ist der Ver-
band zu scharf und dem anderen zu wenig, und einer will
das, und der andere will dieses. Jedenfalls sind diese Nicht-
organisierten keine repräsentative Gruppe, die auch für
Organisierte sprechen könnte. Das ist völlig undenkbar, das
weiss jeder von seiner privaten Tätigkeit her.

Es ist gestern gesagt worden, und das ist kein Geheimnis,

dass das Forderungspaket der Verbände viel umfangreicher war. Verbände dürfen immer mehr fordern als die Regierung zugestehen kann. Aber wir haben – die Verhandlungsdelegation bestand aus den Herren Chevallaz, Schlumpf und mir – nach der Instruktion des Bundesrates diesen ganzen Forderungskatalog, der beim christlichen Verband unter dem Titel «Humanisierung der Arbeitsbedingungen» stand – obschon er eine ganze Reihe von anderen Forderungen enthielt –, bis auf die Frage der Arbeitszeit reduziert. Die Broschüre, die man uns vom Föderativverband überreicht hat, die haben wir drastisch verdünnt. Noch mehr: Im Zeitpunkt, als wir die Verhandlungen mit den Personalverbänden über diese Arbeitszeitverkürzung aufgenommen haben, da lagen – ich glaube – 15 weitere Begehren über Detailprobleme auf dem Tisch des Finanzdepartementes und des Bundesrates. Wir haben erst mit den Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzung begonnen, als alle diese vorausgegangenen Begehren über Einzelfragen sistiert waren. Die Arbeitszeitverkürzung – das war eben die Meinung der Verbände – blieb die zentrale Frage. Von dieser Forderung liessen sie sich nicht abbringen, und nach harten Verhandlungen und nach vielen Diskussionen im Rate selber hat schliesslich der Bundesrat dem heutigen Antrag zugestimmt.

Sie sollten das ein wenig zu verstehen suchen, auch wenn Sie in dieser Frage ganz anders denken. Arbeitszeitverkürzungen wurden in der Wirtschaftsgeschichte, besonders in der Geschichte der Gewerkschaften, immer «historisch». Wenige Gewerkschafter werden sich nach ein paar Jahren daran erinnern, wann sie 10 oder 20 Rappen oder 30 Franken mehr Lohn im Monat erhalten haben. Aber dass 1918 der 8-Stunden-Tag eingeführt worden ist und man in den sechziger Jahren die 44-Stunden-Woche und damit die Fünftagewoche eingeführt hat, das wird für alle Zeiten ein Titel im Jahrbuch einer Gewerkschaft und wahrscheinlich auch eines Unternehmerverbandes bleiben, weil Arbeitszeitverkürzungen eben im Leben einer Gewerkschaft – das hat auch etwas mit Kultur zu tun – eine ganz entscheidende Rolle spielen. Das sollte man nicht vergessen, wenn man es auch als Hartnäckigkeit empfinden mag, wie heute die Verbände, vor allem die grossen Verbände, auf diesem Punkt insistieren.

Es gibt – ich habe es schon gesagt – eben auch hier bei uns die Partnerschaft, nicht nur mit dem einzelnen Mitarbeiter oder mit einer geschlossenen Belegschaft; es gibt die Partnerschaft mit den Gewerkschaften, mit den Vertretern dieser Arbeitnehmer, die spielen muss. Der Bund beschäftigt 130 000 Männer und Frauen. Es gibt die unterschiedlichsten Berufe, die verschiedensten Bedürfnisse und Sonderwünsche, das ist selbstverständlich. Wer würde alle diese Personalbegehren, die da ständig eintreffen, läutern und kanalisieren, wenn es nicht die Verbände des Bundespersonals tun würden? Die Verbände fordern nicht nur. Sie sind auch ein Ordnungsfaktor, manchmal sind sie ihren Mitgliedern gegenüber auch ein Puffer. Mit wem müsste der Bundesrat verhandeln, wenn es keine Personalverbände gäbe? Soll Partnerschaft, von der man in der privaten Wirtschaft mit Recht so viel hält, nicht auch in der Bundesverwaltung mit den Verbänden gepflegt werden? Wem ist geholfen, vor allem langfristig geholfen, wenn wir diese Partnerschaft nicht achten, respektieren und auch pflegen? Wenn nun diese Partner, Herr Allenspach, eine Frage wie die Arbeitszeitverkürzung zum Prüfstein machen und dafür sehr viele Abstriche an anderen Forderungen in Kauf nehmen, ist es dann vernünftig, diese Partnerschaft an dieser Frage zerbrennen zu lassen, wo wir ja wirklich nicht allein stehen? Nicht allein nur ich – ich möchte das betonen –, sondern der ganze Bundesrat hat hier tatsächlich eine andere Meinung.

Sie werden fast immer nur mit den Forderungen unseres Personals konfrontiert. Beamte kosten Steuergelder. Das gibt dann leicht eine falsche Optik. Es gibt – ich will das nicht leugnen, Herr Ammann hat gestern das Wort gebraucht – eine Entfremdung zwischen Bürgern und Beamten, vielleicht auch zum Teil aus diesen Gründen.

Aber man muss wirklich gelegentlich sagen, wie das gestern von einigen Herren getan worden ist: Unsere Eisenbahner, die Postbeamten, die Grenzwächter und viele andere Funktionäre des Bundes sind immer noch ein Symbol der Zuverlässigkeit, des Pflichtbewusstseins und auch der Treue zu diesem Land. Wir haben eine saubere Verwaltung. Es gibt darin – was zwar eine Selbstverständlichkeit ist – keine bestechlichen Beamten. Unser Personal kann sich – da stimme ich dem zu, was gestern auch gesagt worden ist – ganz sicher nicht über ungenügende Besoldungen und über schlechte Arbeitsbedingungen beklagen. Wir haben gute Arbeitsverhältnisse. Man sollte aber verstehen, dass der Grossteil des Personals auch, wie die meisten von uns, gerne seine zwei Freitage pro Woche hätte. Diese zwei freien Tage kann man nicht zugestehen, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht kürzt. Wenn man die 44 Stunden überall auf fünf Tage verteilen muss und dazu die auswärtigen Wartezeiten, vor allem beim fahrenden Personal, mitrechnet, dann kommen wir bereits in Konflikt mit dem Arbeitszeitgesetz, das aus Sicherheitsgründen erlassen worden ist.

Ich wiederhole es und will damit zum Abschluss kommen: Jeder versteht die Bedenken, die gestern hier in dieser grosser Debatte geäussert worden sind. Ich bin ganz sicher, dass auch die Beamten und die Verbände diese geäusserten Bedenken nicht einfach wegschieben werden oder wegschieben können. Aber wir sollten uns doch bewusst sein, dass wir den Schritt der privaten Wirtschaft, der jetzt beantragt worden ist, irgend einmal nachvollziehen müssen. Früher oder später müssen wir das tun; es wird immer Gründe dagegen geben, und es wird immer Gegner geben. Ich bitte Sie, das doch zu bedenken und heute diesen Anträgen zuzustimmen, auch wenn es vielleicht weh tut, das zu tun.

Präsident: Wir haben nun folgende Situation: Die Kommissionmehrheit beantragt, den Kredit 614.211.07 (Arbeitszeitverkürzung) im Betrage von 5 073 400 Franken zu streichen. Die Kommissionsminderheit will zusammen mit dem Bundesrat den Kredit ins Budget aufnehmen. Herr Alder will den Kredit sperren und geht damit davon aus, dass er ins Budget aufgenommen wird. Wir haben also zwei Hauptanträge und dann nach Artikel 73 unseres Ratsreglementes den Abänderungsantrag von Herrn Alder.

Ich sehe folgendes Verfahren vor: In einer ersten Abstimmung, ohne Namensaufruf, wird der Antrag der Minderheit dem Antrag von Herrn Alder gegenübergestellt. Dann wird in der zweiten Abstimmung das Resultat dem Antrag der Mehrheit gegenübergestellt. Dafür ist nach Artikel 77 unseres Reglementes ein Namensaufruf verlangt worden, und zwar von Herrn Blocher mit 52 Mitunterzeichnern und von Herrn Morel mit 42. Das Vorgehen ist mit dem Kommissionspräsidenten abgesprochen worden. Ich frage Sie an, ob Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind?

Hubacher: Ich frage mich, ob dieses Abstimmungsverfahren nicht die eigentliche Fragestellung, nämlich ja oder nein, verhindert. Wir kommen gar nicht dazu, ja oder nein zu stimmen. Ich meine, es müsste jetzt zuerst über den Kredit abgestimmt werden. Dann können wir das Resultat dem Antrag Alder gegenüberstellen. Sonst haben wir die ganze Auseinandersetzung eigentlich umsonst geführt, weil die Hauptfrage dann gar nicht zur Abstimmung kommt.

Alder: Wir haben diese Diskussion vorausgesehen und haben uns gestern schon über das Verfahren unterhalten. Die Situation ist doch die: Wenn wir zuerst über ja oder nein abstimmen, stellt sich die Frage, wie jene stimmen wollen, die grundsätzlich für den Sperrungsantrag sind. Ich habe Ihnen gestern in meinem Votum dargelegt, aus welchen Gründen ich nicht ja stimmen kann. Wenn Sie aber zuerst Ja oder Nein zur Abstimmung bringen, muss ich nein stimmen. Und wenn das Nein hier durchgeht, dann ist definitiv ein Nein beschlossen. Ich muss also eine Stimme abgeben, die ich an sich im Moment gar nicht abgeben will. Ich

möchte mich zuerst zum Eventualantrag äussern können. Der Antrag auf Sperrung ist ein Unterantrag, der zuerst zur Abstimmung zu bringen ist, wie das der Präsident gesagt hat.

Präsident: Der Artikel 73 Absatz 1 des Ratsreglementes gibt hier die Weisung: Unterabänderungsanträge kommen vor den Abänderungsanträgen, diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung. Das ist die Leitlinie unseres Verfahrens.

Renschler: Der Vorschlag des Präsidenten scheint mir nicht sehr logisch zu sein, denn Herr Alder will einen Kredit sperren. Sie können aber nicht einen Kredit sperren, wenn er nicht im Budget enthalten ist. Also müssen Sie zuerst darüber entscheiden, ob dieser Kredit überhaupt ins Budget aufgenommen werden soll. Das heisst: zuerst Grundsatzabstimmung über Ja oder Nein, und wenn diese Grundsatzabstimmung zugunsten der Aufnahme des Kredites ins Budget ausfällt, dann entscheiden Sie, ob der Kredit zu sperren sei oder nicht.

Oehen: Die Gewerkschaften mit ihren Aktionen und die ausgedehnte Diskussion in diesem Rate haben die Frage sozusagen zu einer Glaubensfrage gemacht. Wer nun also heute nein sagt, der wird von den Befürwortern als Feind des Bundespersonals abgestempelt. Tatsächlich sind nicht wenige der Überzeugung, man könne und werde aus der gesellschaftlichen Entwicklung heraus die Arbeitszeit weiter verkürzen. Sie sind aber der Meinung, dass der Moment für eine zusätzliche Belastung unserer Wirtschaft, deren Wohlergehen von so enormer Bedeutung ist, nicht günstig ist. Diese sind also zwar durchaus bereit, zum Begehren ja zu sagen, aber nicht, es jetzt zu realisieren. Und diesen kann man nur eine Möglichkeit geben, sich auszudrücken, wenn wir gemäss dem Vorschlag des Präsidenten abstimmen.

Widmer: Jede Debatte über das Abstimmungsverfahren hat eine taktische und eine formelle Seite. Taktisch ist es absolut begrifflich, dass Herr Hubacher und sein Kollege Renschler versuchen, das Verfahren zu ändern. Das ist legitim. Aber der Rat hat sich daran zu halten, was formell in der Geschäftsordnung festgehalten ist. Daraus geht absolut klar hervor, dass der Antrag von Herrn Alder ein Sub-Eventualantrag ist, der vorher zur Abstimmung gebracht werden muss, über den Sie vorher entscheiden müssen, bevor Sie über den Hauptantrag abstimmen können.

Kaufmann: Ich glaube, allen taktischen Überlegungen zuwider, wir sollten jetzt offen sein. Wir vertragen das Ja oder das Nein. Und was jetzt hier vorgeschlagen wird, ist meines Erachtens nicht nur taktisch, sondern es ist auch unkorrekt. Wenn der Betrag gestrichen wird, dann brauchen wir überhaupt nicht mehr zu sperren. Und nachher, wenn wir dieser Arbeitszeitverkürzung allenfalls zugestimmt haben, kann man über den Antrag Alder befinden. Ich teile völlig die Meinung von Herrn Renschler und stelle Ihnen den Antrag, so abzustimmen. Die Namensabstimmung geht nämlich sonst unter, und das ist nicht der Sinn des Reglementes. Ich stelle den Antrag, dass man zuerst über die Grundsatzfrage Ja oder Nein abstimmt, und sich nachher allenfalls mit dem Sperrungsantrag beschäftigt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag des Präsidenten	66 Stimmen
Für den Antrag Hubacher	110 Stimmen

Namentliche Abstimmung – Vote par appel nominal

Für den Antrag der Mehrheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la majorité:

Akeret, Alder, Allenspach, Ammann-Bern, Aregger, Aubry, Auer, Augsburg, Bacciarini, Barras, Basler, Blocher, Bonnard, Bremi, Bühler-Tschappina, Bürer-Walenstadt, Can-

teni, de Capitani, Cavadini, Cevey, de Chastonay, Columberg, Cotti Coutau, Delamuraz, Duboule, Dürr, Eisenring, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Weinfeld, Fischer-Bern, Fischer-Hägglingen, Flubacher, Frei-Romanshorn, Frey-Neuchâtel, Friedrich, Früh, Füg, Gautier, Gehler, Geissbühler, Graf, Hari, Hofmann, Hösli, Houmar, Huggenberger, Humbel, Hunziker, Iten, Jeanneret, Jung, Junod, Kaufmann, Kloter, Kohler Raoul, Kopp, Kühne, Künzi, Lancolt, Linder, Loretan, Lüchinger, Martignoni, Martin, Massy, Meier Josi, Meier Kaspar, Messmer, Müller-Scharnachtal, Müller-Balsthal, Nebiker, Nef, Nussbaumer, Oehler, Ogi, Pedrazzini, Petitpierre, Pini, Rätz, Reichling, Ribl, Risi-Schwyz, Roth, Röhlin, Rutishauser, Rüttimann, Schalcher, Schärli, Scherer, Schnider-Luzern, Schnyder-Bern, Schüle, Schwarz, Segmüller, Soldini, Spreng, Steinegger, Stucky, Teuscher, Thévoz, Tochon, Vetsch, Villiger, Weber-Schwyz, Weber Leo, Wellauer, Wyss, Zbinden (110)

Für den Antrag der Minderheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:

Votent pour la proposition de la minorité:

Affolter, Ammann-St. Gallen, Barchi, Bäuml, Biderbost, Bircher, Blunschy, Borel, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Carobbio, Chopard, Christinat, Couchepin, Crevoisier, Dafflon, Darbellay, Deneys, Dirren, Eggenberg-Thun, Egli, Euler, Fore, Ganz, Gerwig, Girard, Gloor, Herczog, Hubacher, Jaggi, Jelmini, Keller, Kunz, Lang, Leuenberger, Loetscher, Lonjet, Magnin, Mascarin, Mauch, Meier Fritz, Meier Werner, Meizoz, Merz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Reimann, Reiniger, Renschler, Riesen-Fribourg, Robbiani, Rothen, Roy, Rubi, Ruffy, Schmid, Spiess, Stich, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Wilhelm, Zehnder, Ziegler-Genève, Ziegler-Solothurn (72)

Der Stimme enthalten sich die folgenden Ratsmitglieder:

S'abstiennent:

Biel, Günter, Jaeger, Müller-Aargau, Oehen, Oester, Weber Monika, Widmer, Zwygart (9)

Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder:

Sont absents:

Baechtold, Brélaz, Butty, Dupont, Jost, Koller Arnold, Müller-Luzern, Rüegg (8)

Präsident Eng stimmt nicht

M. Eng, président, ne vote pas

Alder: Ich habe Ihnen gestern einen vermittelnden und wohlbegründeten Vorschlag unterbreitet. Herr Hubacher, mit Ihrem taktischen und nach meiner festen Überzeugung reglementswidrigen Unterzug, den Sie durchgebracht haben, haben Sie auch den Vermittlungsvorschlag in Bausch und Bogen verworfen. Heute haben Sie das Resultat der vor Ihnen gewünschten Konfrontation. Ich ziehe meinen Antrag zurück. (*Unruhe im Saal und auf der Tribüne*)

614.373.02 *Beiträge an den Betrieb von Personalrestaurants*

Contributions aux frais d'exploitation de restaurants pour le personnel

Präsident: Der Antrag der Kommission ist bereits begründet worden. Sie stimmen zu.

Genehmigt – Approuvé

Behörden und Gerichte**Autorités et tribunaux***Antrag der Kommission**104 Bundeskanzlei*

511.40 Büro- und Datenverarbeitungs-
maschinen
sowie Apparate Fr. 45 000 000

*Proposition de la commission**104 Chancellerie fédérale*

511.40 Machines de bureau,
ordinateurs et appareils Fr. 45 000 000

M. Kohler Raoul, rapporteur: Sous la rubrique «Autorités et tribunaux», aux pages 2 à 5 du budget financier, sont groupés les budgets des Chambres fédérales, du Conseil fédéral, de la Chancellerie fédérale, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances. La plupart de ces budgets n'appellent pas de grands commentaires pour l'année 1983. Dans l'ensemble, les dépenses augmentent d'un peu plus de 26 millions de francs par rapport au budget 1982, c'est-à-dire d'un peu moins de 14 pour cent.

Dans le détail, on constate que ce supplément de dépenses par rapport au budget 1982 provient, pour l'essentiel, c'est-à-dire pour plus de 23 millions de francs, de l'Office central des imprimés et du matériel.

Dix millions de francs de dépenses supplémentaires par rapport à 1982 sont nécessaires à la confection et à l'acquisition de publications, d'ouvrages, d'imprimés, de matériel de bureau, de matériel de reproduction et de photographie. Ce supplément s'explique essentiellement par le fait du renchérissement. Les collaborateurs de ce service nous ont assuré qu'il n'y avait pas d'augmentation quantitative.

Treize millions de francs de dépenses supplémentaires par rapport à 1982 sont nécessaires pour couvrir les frais de matériel, d'appareils et de logiciel: il s'agit surtout du traitement électronique des données, dont le développement est fortement stimulé par la situation financière de la Confédération d'une part, par le plafonnement des effectifs du personnel d'autre part, mais aussi par les très grandes possibilités offertes par l'informatique et par les améliorations technologiques. Ce développement rapide fait sentir ses effets aussi bien aux rubriques d'entretien qu'à celles d'acquisitions d'appareils ou de programmes. Il faut relever que tous les départements bénéficient des prestations de l'Office central des imprimés et du matériel dans ce domaine et, par le truchement du Département de l'intérieur, également nos écoles polytechniques.

La Commission des finances vous propose d'approuver toutes les rubriques groupées sous chiffre 1, «Autorités et tribunaux», à l'exception d'une seule: il s'agit de la rubrique 511.40 de l'Office central des imprimés et du matériel, en page 4. Sous cette rubrique, figurent les acquisitions de machines de bureau, d'ordinateurs et d'appareils. Si l'on compare l'évolution de la dépense annuelle de ces achats, on constate qu'elle passe de 33 millions de francs en 1981 à 44 millions de francs en 1982 et à 51 millions de francs pour 1983. Cette croissance extraordinairement forte de la dépense a retenu l'attention de la Commission des finances. Cette dernière a pu constater que les demandes des différents offices étaient nombreuses et qu'elles dépassaient largement le cadre d'un développement que l'on pourrait qualifier de normal. Il est difficile de dire dans quels cas ces nouvelles acquisitions sont indispensables, nécessaires ou simplement souhaitables. La Commission des finances estime qu'il faut freiner le développement trop rapide de ces achats d'appareils, de machines et d'ordinateurs, en plafonnant la dépense y relative. Elle pense qu'à l'avenir, il conviendra de faire des choix plus sélectifs et de fixer des priorités et elle vous propose, dans ce but, de ramener le montant de 51 millions de francs, tel que nous le propose le Conseil fédéral dans le cadre du budget financier, à 45 millions de francs. Ce montant est encore supérieur de 600 000 francs à celui de 1982.

Dans le même ordre d'idées, la Commission des finances vous propose en outre de ramener de 40,8 millions de francs à 30 millions de francs, le montant des crédits d'engagement destinés à l'achat d'ordinateurs, qui figure à la page 56 du message sur le budget 1983. Il s'agit d'engagements financiers destinés au renouvellement de systèmes de traitement des données, à l'acquisition d'ordinateurs, au remplacement d'installations et à l'accroissement de capacités. Pour 1982, ces crédits d'engagement se sont élevés à 20,9 millions de francs. Le saut à 40 millions de francs pour 1983 est énorme. Les paiements de ces acquisitions grèveront d'autant les budgets financiers puis les comptes de ces prochaines années. La mesure que vous propose la Commission des finances et qui consiste à plafonner les crédits d'engagement à 30 millions de francs pour 1983, représente tout de même encore une augmentation de 50 pour cent des crédits d'engagement consentis pour cette année en vue de l'acquisition d'ordinateurs. Je vous invite à suivre les propositions de la Commission des finances.

Bundeskanzler Buser: Es mag verwegen erscheinen, in der Diskussion um diesen Kredit für die Datenverarbeitungsanlagen Ihrer Kommission entgegenzutreten, und doch möchte ich Sie bitten, die Kürzung nicht oder jedenfalls nicht auf dem vorgeschlagenen Wege vorzunehmen.

Vorweg möchte ich festhalten, dass wir im Grundsatz mit dem Bestreben der Kommission vollständig einiggehen. Die Finanzkommission zielt darauf ab, den Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen in Verwaltung und Forschung – denn es geht ja hier um den zentralen Einkaufsposten für die gesamte Bundesverwaltung und für die beiden Technischen Hochschulen – massvoll und in finanziell vertretbarem Rahmen auszubauen. Genau das ist aber auch das Bestreben des Bundesrates, der die Eingaben für dieses Sammelkonto in den letzten Jahren immer wieder stark herabgesetzt hat. So sind für das Jahr 1983 wiederum volle 9 Millionen gestrichen worden. Wenn Sie den neulich erschienenen Bericht zur Finanzplanung zur Hand nehmen, sehen Sie, dass auch für die Jahre 1984 und 1985 weitere Abstriche von 7,6 Millionen vorgesehen sind. Diese Zahlen lassen sicher deutlich den Willen des Bundesrates erkennen, selbst zu kürzen, was sich irgendwie reduzieren lässt. Wenn Sie dann aber noch härter eingreifen und bei den Zahlungskrediten für das nächste Jahr die von der Kommission vorgeschlagenen 6 Millionen streichen, führt dies zwangsläufig zu Unterbrüchen in den bereits in die Wege geleiteten Programmen und Studien. Eine Beeinträchtigung der Rationalisierungsbestrebungen der Verwaltung einerseits und der Forschung andererseits wären effektiv unvermeidlich. Das sind die Gründe, weshalb ich Sie bitten möchte, jedenfalls die Zahlungskredite für das Jahr 1983 nicht zu kürzen.

Unsere Spezialisten der Datenverarbeitung sind demgegenüber der Ansicht, dass die befürchtete Ausgabensteigerung dadurch vermindert werden könnte, dass bei den bereits früher bewilligten Verpflichtungskrediten durch Streichung bereits bewilligter Vorhaben eine Kürzung von 16 Millionen vorgenommen werden könnte. Das sind 6 Millionen mehr, als Sie in Ihrem Antrag vorgesehen haben, womit gesamthaft ein Ausgleich und Übereinstimmung mit den Anträgen der ständerätlichen Finanzkommission erzielt wäre.

Hofmann, Berichterstatter: Es liegen also zwei Anträge vor: erstens soll der Zahlungskredit für Büro- und Datenverarbeitungsanlagen sowie Apparate von 51 Millionen auf 45 Millionen Franken reduziert und zweitens auch der Verpflichtungskredit auf 30 Millionen Franken herabgesetzt werden. Herr Kohler hat die Gründe für diese Anträge dargelegt.

Die Kommission hat die Angelegenheit eingehend diskutiert. Ihr gab die rasante Entwicklung der Ausgaben im EDV-Bereich zu Besorgnis Anlass. Es stellte sich die Frage, ob wirklich jede Entwicklung mitgemacht werden muss und

die grossen Investitionen auch tatsächlich zu entsprechenden Einsparungen führen. Der Ausgabenzuwachs in dieser Sparte liegt weit über der durchschnittlichen Zuwachsrates des Voranschlages 1983 von 4,1 Prozent. Wenn auch anzuerkennen ist, dass ein gewisser Nachholbedarf besteht, sollten doch die Zuwachsraten begrenzt werden; die Prioritäten sind entsprechend zu setzen. Das war der Grund, weshalb die Kommission einstimmig eine Kürzung des Kredites für den Kauf von Büro- und Datenverarbeitungsgeräten sowie Apparaten auf 45 Millionen Franken beantragt. Gleichzeitig beantragt sie auch, den Verpflichtungskredit zu begrenzen, und zwar auf 30 Millionen Franken.

M. Barchi, rapporteur: Je n'ai rien à ajouter à ce qui a été dit par M. Kohler, président de la section. La Commission des finances, à l'unanimité, soutient la proposition qui vous est faite.

Präsident: Wir haben zwei Anträge. Zum einen beantragt Ihnen die Finanzkommission bei der Rubrik 104, Bundeskanzlei, 511.40, Büro- und Datenverarbeitungsgeräten sowie Apparate, den Kredit von 51 Millionen auf 45 Millionen zu kürzen.

Der Herr Bundeskanzler bekämpft diesen Antrag. Andererseits werden von der Kommission bei den Verpflichtungskrediten auf Seite 56* (4. Datenverarbeitungsanlagen) die beantragten 40,8 Millionen auf 30 Millionen gekürzt. Herr Buser möchte auf 24 Millionen kürzen, um damit einen Ausgleich zu finden.

Wir stimmen gesondert ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	57 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates	30 Stimmen

Präsident: Damit entfällt das freiwillige Entgegenkommen von Herrn Bundeskanzler Buser bei den Verpflichtungskrediten. Es liegt kein anderer Antrag vor. Sie haben gemäss Kommission beschlossen.

Genehmigt – Approuvé

Departement des Innern Département de l'intérieur

Antrag der Kommission

313 Bundesamt für Strassenbau

311.02 Hilfskräfte Streichen

314 Amt für Bundesbauten

501.01 Bauten und Anlagen Fr. 154 500 000

331 Institut für Reaktorforschung

342.10 Unterricht und Forschung Fr. 7 521 000

Proposition de la commission

313 Office fédéral des routes

311.02 Auxiliaires Biffer

314 Office de constructions fédérales

501.01 Constructions et installations Fr. 154 500 000

331 Institut de recherches en matière de réacteurs

342.10 Enseignement et recherche Fr. 7 521 000

Antrag Forel

318 Bundesamt für Sozialversicherung Fr. 4 064 179 450

Proposition Forel

318 Office fédéral des assurances sociales Fr. 4 064 179 450

M. Barchi, rapporteur: La section du Département de l'intérieur a examiné minutieusement le budget et a posé plusieurs questions au secrétaire général du département et aux représentants de l'Office des affaires culturelles, de l'Office des forêts, de l'Office de la protection de l'environnement, de l'Office de l'éducation et de la science, ainsi qu'au président du Conseil des écoles. Deux groupes de travail se sont occupés tout spécialement de l'Office des routes et de l'Office de la statistique. Je me bornerai à quelques brèves remarques particulières.

Ecoles suisses à l'étranger: La fermeture des écoles de Gênes, Naples et Florence posera divers problèmes de liquidation et d'indemnisation qu'il conviendra de régler avec la plus grande fermeté. Il ne faut pas s'attendre à une diminution des dépenses à la suite de cette fermeture ni en 1983, ni dans les prochaines années, cela à cause du renchérissement des salaires à l'étranger et de la reconnaissance d'une nouvelle école au Brésil.

Office de la santé publique: Le poste de dépenses de 621 000 francs pour les examens fédéraux de médecine a donné l'occasion d'approfondir cette matière. Votre commission a pu constater que la nouvelle structure des examens, «multiple choices», et la révision du règlement des indemnités pour les examinateurs, révision qui est en cours, permettront de diminuer les dépenses, proportionnellement au nombre de candidats.

Office fédéral de la statistique: Là il se pose quelques problèmes quant à la coordination et aux mandats reçus d'autres départements. L'Office de la statistique a fait un effort pour éliminer des statistiques et des publications qui ne paraissaient plus indispensables. Cet effort devra être poursuivi.

Nous nous sommes occupés d'un petit problème concernant le rapport coût/utilité, il s'agit des indemnités, qui sont passées de 1 fr. 15 à 1 fr. 45, pour chaque communication reçue de la part des officiers d'état-civil des communes. On a constaté que seulement 5 pour cent de ces indemnités sont affectés au bénéfice direct des fonctionnaires d'état-civil, le reste va à la caisse des communes. C'est pourquoi votre commission souhaite que le Conseil fédéral élimine ces indemnités-bagatelles grâce à une révision législative. Le crédit n'a pas été biffé, mais on a exprimé ce souhait.

Monuments historiques et Commission de la protection de la nature et du paysage. Il se pose là un problème de distinction, très difficile, des compétences entre deux organes qui dépendent l'un de l'Office des affaires culturelles et l'autre de l'Office des forêts. Une coordination et peut-être même une concentration sont souhaitables pour des raisons d'organisation et de clarté quant aux compétences, mais aussi pour des raisons de coûts administratifs. Le département a été invité à étudier le problème de façon approfondie, et naturellement, on le souhaite, à le résoudre. Je voudrais maintenant motiver brièvement les propositions de votre commission de biffer ou de réduire des postes de dépenses concernant le Département de l'intérieur.

Office fédéral des routes: Poste 311.02 – Auxiliaires. On propose de biffer 25 100 francs. Le groupe de travail, présidé par M. Feigenwinter, a demandé au département pour quelle raison ce poste existait encore. La réponse a été donnée par écrit, mais d'une manière plutôt compliquée. Cette position était déjà prévue en 1981 et 1982, il s'agissait d'un crédit pour l'éventuel engagement, à bref terme, d'auxiliaires auprès de l'Office fédéral des routes. En réalité, cet office n'a pas besoin d'auxiliaires. Les crédits ont été transférés au sein du département. Pour 1983, celui-ci prévoyait un crédit d'un montant à peu près pareil dont la nécessité n'était pas prouvée, dans le but, apparemment, de pouvoir disposer, comme les années précédentes, d'une réserve, d'un «Puffers» devant permettre de faciliter, dans le cadre du département, le règlement des problèmes que pose l'engagement d'auxiliaires. Ces raisons n'ont pas suffi à convaincre la commission.

Deuxième position contestée: rubrique 501.01 Constructions et installations de l'Office des constructions fédérales. Examinant la liste des constructions civiles, la commission

a constaté que le crédit prévu pour l'Institut de recherches de Mittelhäusern ne sera pas utilisé dans l'année budgétaire. En effet, le message y relatif ne pourra pas être approuvé en 1983, étant donné qu'il n'a pas encore été présenté. Par conséquent, le crédit a été biffé.

Troisième position: 331 Institut de recherches en matières de réacteurs, rubrique 342.10 Enseignement et recherche. Il ne s'agit même pas ici d'une position contestée, c'est simplement un problème comptable: une diminution due au fait que certaines factures, relatives notamment à des travaux de séparation de l'uranium de 679 669.35 DM (NUKEM) et pour le retraitement de 42 combustibles irradiés de 294 328.21 DM (Transnuklear), ont été présentées plus tôt que prévu; ces factures ont été payées grâce aux suppléments de crédit dont vous discuterez la semaine prochaine. Le compte de 1983 a été allégué d'autant. Telles sont les raisons qui justifient les modifications apportées par votre commission.

Präsident: Die Kommission hat ihre Anträge durch Herrn Barchi begründen lassen. Herr Forel wird seinen Antrag zu Ziffer 318 zusammen mit dem Budget des Militärdepartementes begründen.

Ich frage Sie an, ob Sie ein Wortbegehren zum Departement haben? Es ist nicht der Fall.

Bundesrat Hürlimann: Ich möchte zunächst der Finanzkommission und vor allem der Sektion unter dem Präsidium von Herrn Barchi bestens danken für die sehr gründliche Überprüfung des Voranschlages. Um es vorwegzunehmen: Ich kann namens des Bundesrates sämtlichen Anträgen der Finanzkommission zustimmen. Ich möchte aber noch eine Ergänzung beifügen, die ich in der Finanzkommission im Zusammenhang mit der Position 316.453.40 dargelegt habe. Wir haben dort einen Kredit für Impfungen gegen die ansteckende Krankheit des Gelbfiebers vorgesehen. Nun hat sich aber herausgestellt, dass diese Beträge nicht in diesem Ausmass nötig werden. Man kann daher, wie ich das bereits der Finanzkommission mitgeteilt habe, bei Rubrik 316.453.40 den Betrag von 637 000 Franken zusätzlich kürzen. Ich würde Ihnen im Namen des Bundesrates beantragen, diese Korrektur neben den übrigen Korrekturen, die Ihnen die Finanzkommission beantragt, vorzunehmen. Es bestehen daher keine Differenzen zwischen Bundesrat und Ihrer Kommission in bezug auf das Departement des Innern.

Genehmigt – Approuvé

Militärdepartement – Département militaire

Antrag der Kommission

519 Kriegsmaterialverwaltung

308.01 Ersatz von Auslagen Fr. 2 310 000

Proposition de la commission

519 Intendance du matériel de guerre

308.01 Débours Fr. 2 310 000

Anträge Forel

511 Stab der Gruppe für Generalstabsdienste

508.02 Bauten und Anlagen, Rüstungsausgaben Fr. 270 000 000

541 Gruppe für Rüstungsdienste

557.11 Kriegsmaterial, Rüstungsausgaben Fr. 908 500 000

Propositions Forel

511 Etat-major du groupement de l'état-major général

508.02 Constructions et installations, dépenses d'armement Fr. 270 000 000

541 Groupement de l'armement

557.11 Matériel de guerre, dépenses d'armement Fr. 908 500 000

M. Bonnard, rapporteur: Le budget du Département militaire a été l'occasion, pour notre section, d'avoir des entretiens avec le chef du département, le chef de l'Etat-major général et le chef de l'armement. Ces entretiens de portée générale ont permis de discuter des moyens financiers disponibles pour la défense et de ceux qui sont nécessaires. Les rubriques budgétaires ont été, bien sûr, examinées en détail, sur la base de chacun des justificatifs et, pour l'intendance du matériel de guerre, sur place, à Thoune et à Berne.

Sur le plan financier, la situation du Département militaire est caractérisée par le phénomène suivant: d'une part, au cours de ces douze dernières années en moyenne, les montants mis à disposition du Département militaire fédéral, s'ils ont permis de compenser le renchérissement, n'ont, en revanche, pas marqué une croissance réelle des dépenses militaires; d'autre part, le coût de l'armement est en hausse rapide à cause du renchérissement, bien sûr, mais surtout à cause des progrès de la technique qui permettent de fabriquer des armes plus performantes mais aussi beaucoup plus coûteuses. En francs d'aujourd'hui, il faut le savoir, un Tiger vaut trois appareils Hunter et neuf Vampire. Le département est confronté ainsi à la difficulté financière suivante: d'une part, en valeur réelle, les montants disponibles sont restés pratiquement stables, d'autre part, en valeur réelle toujours, les matériels à acquérir sont devenus beaucoup plus coûteux.

Pour maîtriser cette difficulté, le département s'inspire de quatre principes.

Premier principe: il renonce à équiper tous les secteurs avec le matériel le plus moderne et le plus compliqué. Il concentre ses efforts sur les secteurs qui sont jugés les plus importants pour maintenir la force combattive de l'armée à la hauteur de la menace. Il s'efforce également d'utiliser, en les combinant judicieusement, le matériel le plus moderne – qui est en quantité moins grande – et le matériel plus rustique, plus simple, mais plus ancien aussi. Il s'applique à utiliser ces matériels ainsi combinés en tirant le maximum possible des avantages qui résultent de notre terrain d'une part, et des capacités techniques de nos soldats, d'autre part.

Deuxième principe: le perfectionnisme est combattu à tous les échelons et dans tous les secteurs.

Troisième principe: les frais d'exploitation sont freinés afin de disposer de davantage de moyens financiers pour les investissements.

Quatrième principe enfin: les constructions sont freinées pour pouvoir acquérir davantage de systèmes d'armes.

La sous-commission estime que cette politique est, dans l'ensemble, judicieuse et qu'il n'y en aurait guère d'autre pour faire face aux difficultés financières sans mettre en danger la crédibilité de la défense. Mais notre sous-commission tient aussi à dire que cette politique a des limites et que, en tout cas, elle doit être appliquée avec prudence et avec nuances. Par exemple, la politique qui vise à freiner les dépenses d'exploitation, notamment en réduisant l'effectif du personnel, n'est possible qu'autant que l'état du matériel n'en souffre pas d'une manière incompatible avec les exigences d'un degré de préparation suffisant. Ou encore, la politique qui vise à freiner les constructions n'est possible que pour autant qu'elle ne conduit pas à compromettre la qualité de l'instruction ou à laisser à l'air du temps des matériels neufs et coûteux. Nous devons examiner, dans le cadre du plan financier, si ces conditions sont ou non remplies mais il est, je crois, indispensable de rappeler aujourd'hui ici l'opinion que le Conseil fédéral a exprimée dans son rapport sur le plan financier. Notre gouvernement souligne à la page 29 de ce rapport que la réduction des dépenses militaires qu'il propose entravera le maintien, voire un relèvement adéquat du niveau de combat de notre

armée et, plus loin, à la page 37, il souligne encore que «la réalisation des mesures d'assainissement financier aurait de graves conséquences notamment pour l'aide au développement et pour la défense nationale.».

Ces remarques, qui sont valables pour l'avenir, ne nous empêchent pas de reconnaître que les moyens financiers disponibles ces dernières années et ceux qui sont prévus au budget de 1983 permettent de poursuivre pas à pas la réalisation du «Plan directeur armée 80». La sous-commission tient cependant à relever devant ce conseil que les moyens financiers disponibles pour la réalisation de ce plan directeur ont été plus mesurés que ce qu'espérait le Conseil fédéral au moment où il a présenté son plan. Cela l'a obligé d'une part à renoncer à certains projets, d'autre part à ralentir la réalisation d'autres projets.

Notre sous-commission a constaté d'une manière générale aussi que le département entend acquérir ce qui doit l'être en faisant travailler le plus possible l'industrie suisse et il entend le faire soit par des commandes passées directement à l'industrie, soit en obtenant pour l'industrie suisse des affaires de compensation lorsque le matériel est acquis à l'étranger. La sous-commission est d'accord avec cette politique; elle l'est d'autant plus dans la situation économique que nous traversons. Elle a d'ailleurs appris avec satisfaction que l'industrie suisse avait présenté d'innombrables demandes d'occupation aux ateliers militaires.

Telles étaient les remarques générales que je voulais faire. Je voudrais encore aborder deux points de détail.

Nous proposons une réduction de 100 000 francs du poste 519.308.01, «Débours de l'intendance du matériel de guerre». Par souci d'économie, l'intendance du matériel de guerre a simplifié les opérations de démobilisation à la fin des périodes de service. Ces travaux sont maintenant assumés essentiellement par la troupe, ce qui a permis du même coup de décharger le personnel des arsenaux. Les factures pour le matériel perdu sont établies plusieurs semaines après que les contrôles ont été établis et il arrive que certaines de ces factures soient contestées. Un cas a même été porté devant le Tribunal fédéral. Celui-ci a libéré le commandant d'unité qui avait été appelé à payer la facture de l'obligation de le faire, cela pour des raisons juridiques sur lesquelles je ne m'étendrai pas. Cela a amené l'intendance du matériel de guerre à réintroduire les anciennes procédures de contrôle. D'où un supplément de dépenses de 100 000 francs.

La Commission des finances vous propose de biffer cette dépense supplémentaire, ce qui signifie que l'intendance du matériel de guerre sera obligée de réintroduire le système simplifié. Sans doute s'expose-t-elle ainsi au risque de ne pouvoir obtenir ici ou là le paiement d'une facture pour du matériel perdu, mais le montant des factures à ce titre est au plus de quelques milliers de francs par année, soit une somme très largement inférieure à celle de 100 000 francs que nous vous demandons de biffer et que la procédure simplifiée permet d'épargner.

Ma deuxième remarque concerne les fameuses subventions en faveur de la gymnastique et du sport. Vous vous souvenez que nous avons discuté à plusieurs reprises le problème du versement de subventions aux associations sportives pour la formation des moniteurs. Il s'agit de la rubrique 566.476.11, qui s'élève à 3 294 500 francs. Ces subventions ont déjà été réduites et ne représentent plus aujourd'hui que le montant dérisoire d'un franc par membre de ces diverses associations. Nous ne proposons pas pour autant de les supprimer. Un sous-groupe de la commission, composé de nos deux collègues MM. Reichling et Schwarz, s'est de nouveau penché sur la question et il est arrivé à la conclusion que les moyens disponibles sont répartis de façon judicieuse et efficace. Nous vous proposons dès lors de maintenir le montant fixé.

En conclusion et sous réserve de la réduction de 100 000 francs proposée, nous vous invitons à approuver le budget du Département militaire et celui des ateliers fédéraux.

M. Forel: Détrompez-vous et ne soyez pas trop déçus. Pour une fois, le groupe du Parti suisse du travail, du Parti socialiste autonome et des Organisations progressistes ne vous proposera pas le refus du budget militaire *in globo*. Nous n'irons pas jusqu'à dire que ce groupe a mis de l'eau dans son vin mais nous savons bien que ce n'est pas le 2 décembre 1982 que le Département militaire fédéral peut changer toute sa conception de la défense nationale pour le 1^{er} janvier 1983, si influent que soit son responsable.

Il y a un an ou deux, M. Chevallaz, conseiller fédéral, avec son humour traditionnel, avait déclaré ici que celui qui vous parle voulait réaliser la défense nationale avec des vélos et des bouquets de muguet. Nous nous permettons de lui retourner le compliment en lui rappelant les déclarations du commandant de corps Jörg Zumstein, qui a dit qu'il fallait s'opposer à toute réduction des dépenses militaires si l'on ne voulait pas d'une armée bonne pour le musée.

Nous croyons que le colonel Zumstein est logique avec lui-même et que, en ce sens, il a raison de tenir de tels propos. En effet, toute la tendance du Département militaire fédéral depuis vingt ans est de faire de l'armée suisse une armée d'avant-garde sur les modèles existants les plus sophistiqués, quoi qu'en dise M. Bonnard.

Le Département militaire fédéral veut les meilleurs avions, les tanks les plus efficaces, les missiles les plus précis et j'en passe. Il est évident que, pour rester dans de telles normes, nous l'avons toujours dit et répété, il faut beaucoup plus d'argent et la nécessité d'acheter à l'étranger le matériel nécessaire devient inéluctable. Or nous sommes en face d'un budget avec un déficit d'environ 1 milliard, malgré les coupes sombres dans le domaine social, les fameux 10 pour cent de réduction pratiquement généralisés.

En vous proposant de réduire de seulement 10 pour cent pour 1983 l'acquisition de matériel de guerre, ce qui représenterait quelque 1,3 milliard de moins pour ce poste, c'est un appel du pied pour pousser le Département militaire fédéral vers d'autres solutions que ce surarmement. A plusieurs reprises, surtout ces derniers mois, M. Chevallaz, conseiller fédéral, a fait allusion à une guerre de partisans, sans pourtant renoncer à la ligne générale tracée par le département, en ne considérant ce genre de résistance que comme une ultime ressource. Quant à nous, nous continuons à croire que cette forme de dissuasion, bien préparée, avec des forces bien entraînées, avec la certitude pour tout envahisseur que nos voies d'accès nord-sud, sud-nord seront inutilisables en cas d'invasion, ce système est plus crédible à notre sens que celui préconisé par notre état-major. Il est beaucoup plus conforme aussi à la neutralité d'Etat et, bien sûr, infiniment moins cher.

En vous demandant de diminuer de 10 pour cent l'acquisition de matériel de guerre, le Conseil fédéral disposerait de quelque 130 millions pour lutter contre le chômage, pour les subventions sociales, les caisses-maladie et il pourrait peut-être aussi rendre à la recherche ce qui lui a été enlevé, il pourrait mieux favoriser la construction de logements subventionnés. Mais, dans la conjoncture actuelle, les deux points qui nous paraissent essentiels concernent les chômeurs et les invalides. Est-il nécessaire d'insister sur le fait que les dépenses pour indemnités de chômage sont les plus improductives que l'on puisse imaginer et que l'état de chômeur est dégradant pour l'homme. En consacrant 100 millions pour lutter contre ce fléau, nous ferions acte non seulement d'humanisme mais aussi d'économies bien comprises. Quant aux invalides, le médecin qui vous parle sait à quoi s'en tenir. Nous manquons cruellement d'établissements médico-sociaux. Le nombre d'ateliers protégés est nettement insuffisant. Les invalides mentaux ou les infirmes moteur-cérébraux sont beaucoup trop souvent en promiscuité avec des invalides physiques. Dans ces seuls domaines, une aide supplémentaire de 30 millions est non seulement utile mais indispensable.

Ce sont ces raisons, très résumées, qui nous incitent à vous proposer une réduction bien modeste de 10 pour cent sur l'acquisition du matériel de guerre, pour les transférer à l'OFAS et à l'OFIAMT selon notre proposition écrite.

M. Bonnard, rapporteur: Dans la forme, c'est un événement que nous vivons aujourd'hui. En effet, pour la première fois depuis trente-cinq ans, au lieu de présenter purement et simplement une proposition de refus du Département militaire, M. Forel ne nous demande que 10 pour cent de moins, un petit peu plus, soit 11 pour cent de moins. C'est un événement mais je dis bien dans la forme, parce que sur le fond, vous l'avez entendu, l'argumentation de M. Forel n'a en rien varié.

Je vous invite à rejeter ces propositions: 30 millions de moins pour les constructions et installations, alors que, dans ce domaine, la politique restrictive du département telle qu'elle est conduite depuis un certain nombre d'années, a conduit à des impasses. Pour prendre un seul domaine qui n'est tout de même pas inintéressant, nous sommes tellement en retard dans l'aménagement des dépôts de munition, que les prescriptions de sécurité ne sont aujourd'hui plus suffisamment respectées pour l'entreposage des munitions. Nous ne pouvons décidément pas laisser cette situation se poursuivre.

Cent millions de moins aux dépenses d'armement alors que, je l'ai rappelé il y a un instant, nous avons du retard dans la réalisation du «Plan directeur armée 80». De toute manière, ce plan ne sera pas réalisé dans son intégralité, mais ce qui devrait l'être présente déjà entre deux ans et demi et trois ans de retard, et cette situation ne doit pas durer à notre avis.

Je comprends bien le souci de M. Forel en ce qui concerne le chômage; je voudrais simplement lui rappeler que plus de la moitié des dépenses du Département militaire sont des dépenses productrices d'emplois en Suisse et que, de ce fait, elles nous permettent de lutter aussi contre le chômage.

Je vous invite à rejeter les deux propositions de M. Forel.

M. Chevallaz, conseiller fédéral: La passe d'armes traditionnelle avec M. Forel se fait aujourd'hui à fleuret moucheté. Je l'en remercie mais je ne veux pas le suivre et, surtout, je ne le puis lorsqu'il décrit avec pathos le surarmement de l'armée suisse. Il doit savoir qu'une très grande nation, plus puissante que la nôtre, au nom d'un patriotisme auquel je rends hommage et pour servir la cause de la paix, consent des sacrifices qui dépassent chaque année le 15 pour cent de son produit national brut. Comparativement, notre effort dans ce domaine est certainement très modeste puisque nous n'atteignons pas les 2 pour cent du produit national brut – chiffre fort bas que je me dois de souligner. Compte tenu de ce dernier et en considérant la dépense par habitant, notre participation aux dépenses militaires demeure en Europe, après l'Autriche et l'Italie, de loin la plus faible. L'effort de la Suède est de 3,2 pour cent, celui de la France de 3,9 pour cent, de la République fédérale de 3 pour cent, de la Belgique et des Pays-Bas de 3,4 pour cent. D'après les statistiques internationales de 1981, la Suisse dépense pour sa défense 288 dollars par habitant, la Suède 455, la France 483, la Belgique et les Pays-Bas 350. Où sont donc les mesures de surarmement de la Suisse? Nous sommes plutôt en décalage et M. Bonnard a eu raison de soulever le problème tout à l'heure.

Sans doute, la recherche de l'équilibre budgétaire reste et restera l'une des priorités essentielles de la Confédération. Ce n'est pas à moi que vous ferez le reproche de n'y avoir jamais songé, moi qui pendant six ans me suis usé le bec et les ongles à cette tâche, et qui appuie d'une manière très générale les efforts de mon collègue, ministre des finances. Je dois constater ici que, si l'on avait suivi à deux reprises notre avis et celui du Conseil fédéral quand nous proposons une réforme fiscale équilibrée, modérée et sociale, nous ne nous trouverions pas dans les difficultés actuelles. Néanmoins, le Département militaire – si l'on ne se limite pas à considérer la symétrie des sacrifices pour l'année en cours ou pour les années prochaines – a apporté depuis longtemps sa forte contribution à la modération des dépenses. Entre 1960 et 1980, les dépenses militaires ont été, en termes réels, multipliées par 1,5, celles de la Confé-

dération par 3. Ces dépenses militaires représentaient, en 1960, les 37 pour cent du budget fédéral, les 20 pour cent actuellement. Elles sont tombées de 3 pour cent du produit national brut à 1,8 pour cent. Entre 1970 et 1982, les dépenses pour les constructions militaires ont été réduites d'un quart en valeur réelle. Et j'ajouterai, bien que cela n'appartienne pas à mon département mais que cela fasse partie de la défense, que le budget de la protection civile, par un transfert de charges aux cantons, aux communes et aux particuliers, a reculé dans le même délai, en douze ans, de 32 pour cent en valeur réelle. On peut dès lors bien parler, dans le domaine de la défense, de sacrifices, au moins d'une modération, qui ont largement anticipé sur la symétrie.

La volonté de modération des dépenses est marquée d'ailleurs dans le budget que vous avez à traiter. Le département a contribué à l'exercice de modération des dépenses. La croissance des dépenses militaires s'inscrira à 3,6 pour cent, c'est-à-dire qu'elle sera au-dessous des 4,1 pour cent de croissance du budget global et au-dessous du taux de hausse des prix de 4 pour cent prévu pour l'an prochain. Les investissements pour le matériel de guerre et les constructions marquent même un recul absolu de près d'un pour cent, c'est-à-dire de 5 pour cent en valeur réelle sur ceux de l'an passé. Il est vrai que ce recul des dépenses militaires en 1983 compense, en quelque sorte, les crédits importants qui nous avaient été octroyés pour l'année actuelle et qui sont en progression de 6,8 pour cent sur l'année 1981. Il est vrai aussi que le développement de l'inflation aura singulièrement réduit le développement accordé à ce budget militaire. Sur la base des comptes 1980 et 1981, ainsi que des budgets 1982 et 1983, la progression des dépenses militaires aurait été en moyenne de 5,5 pour cent. Mais, dans le même temps, l'inflation dévalait notre franc de 5,4 pour cent par an, pour autant que l'indice 1983 se tienne simplement aux 4 pour cent prévus. C'est donc une croissance nulle que nous devons enregistrer au terme de l'actuelle législature en matière de dépenses militaires. Le maintien de cette croissance nulle aurait de sérieuses conséquences pour le renouvellement et la modernisation de l'armement et de l'équipement que l'évolution de la technique militaire vieillit plus rapidement qu'autrefois. Le Conseil fédéral y attire votre attention, dans son rapport du 4 octobre, sur les prévisions pour les années prochaines. Ce recul ou cette croissance zéro aurait aussi des conséquences défavorables, vous le pensez bien, sur le marché du travail.

M. Forel a fait allusion aux propos du chef de l'Etat-major général de l'armée. Je me contenterai de dire ceci, en reprenant les termes du Conseil fédéral, dans son communiqué de lundi dernier: «Pour déterminer l'ampleur des dépenses militaires, il sera tenu compte de la volonté du Conseil fédéral de maintenir une défense générale forte. Il ne saurait être question d'une armée bonne pour le musée.» Je puis vous dire que ces propos ont réconforté le chef de l'Etat-major général, à l'encontre des craintes qu'il avait jugé de son devoir d'exprimer pour l'avenir. Je vous demande de repousser les propositions de M. Forel et d'approuver le budget militaire.

Präsident: Die Anträge der Finanzkommission sind Ihnen mit der Fahne ausgeteilt worden. Sie sind nicht bestritten und beschlossen. Über den Antrag Forel stimmen wir gesamthaft ab. Kommission und Bundesrat lehnen den Antrag Forel ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Forel
Dagegen

8 Stimmen
101 Stimmen

Genehmigt – Approuvé

Volkswirtschaftsdepartement**Département de l'économie publique***Anträge der Kommission**705 Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit*

453.03 Heimarbeitsbeschaffung Fr. 329 000

603.01 Darlehen an die Schweizerische
Gesellschaft für Hotelkredit Fr. 3 000 000*707 Bundesamt für Landwirtschaft*373.04 Entschädigungen für die Erhebung
der Konsummilch- und der
Rahmabgabe Fr. 1 310 000*Propositions de la commission**705 Office fédéral de l'industrie, des arts
et métiers et du travail*453.03 Encouragement du travail
à domicile Fr. 329 000603.01 Prêts à la Société suisse de crédit
hôtelier Fr. 3 000 000*707 Office fédéral de l'agriculture*373.04 Indemnités pour le prélèvement
de la taxe sur le lait de consommation
et la crème Fr. 1 310 000*Antrag Müller-Scharnachtal*

705 Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

603.01 Darlehen an die Schweizerische
Gesellschaft für Hotelkredit wie Bundesrat*Proposition Müller-Scharnachtal*705 Office fédéral de l'industrie, des arts et
métiers et du travail603.01 Prêts à la Société suisse
de crédit hôtelier selon Conseil fédéral*Antrag Forel*705 Bundesamt für Industrie, Gewerbe,
und Arbeit Fr. 468 576 340*Proposition Forel*705 Office fédéral de l'industrie,
des arts et métiers et du travail Fr. 468 576 340

M. Jelmini, rapporteur: Par rapport à l'année passée, le budget du Département de l'économie publique nous est présenté par le Conseil fédéral avec une augmentation de dépenses d'environ 260 millions. L'augmentation concerne surtout l'Office des affaires économiques extérieures, au titre de la garantie contre les risques à l'exportation: 120 millions; le domaine de l'agriculture: 110 millions; l'Office des questions conjoncturelles: 14 millions; les Offices de la défense économique, 2, et du logement, 3 millions.

En ce qui concerne la garantie contre les risques à l'exportation, on a dû constater que le fonds créé en 1980 a été complètement épuisé. Ainsi, dans le second supplément du budget pour cette année, le Conseil fédéral propose de voter un crédit supplémentaire de 70 millions. Il faut rappeler que, par force de loi, il s'agit d'avances portant intérêts et remboursables, que la Confédération peut – mais ne doit pas – accorder au fonds. Ce fonds n'a pas la physionomie d'une personne juridique mais il est financièrement indépendant. Dans un moment difficile et plein d'incertitudes, comme celui que nous sommes en train de vivre, la Confédération ne peut pas abandonner l'économie d'exportation et, s'agissant d'une compétence ancrée dans la loi, un message particulier n'est pas nécessaire. Dans le budget, vous trouverez 120 millions à la position 600.02.

Au sujet de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail, on a soulevé des réserves concernant le financement des frais administratifs, par la Confédération, dans le cadre des coopératives de cautionnement des arts et

métiers, le poste 423.01. Cette intervention est prévue dans la loi, mais d'autres formes de financement devront être étudiées pour l'avenir.

L'encouragement du travail à domicile, position 453.03, est appuyée par la Confédération avec une modeste contribution. Le Conseil fédéral a prévu, pour l'année prochaine, un crédit insuffisant, en dessous des besoins réels des organisations actives dans cette branche. Celles-ci, qui n'avaient pas eu la possibilité de présenter leurs requêtes avant la clôture des travaux de préparation du budget, ont demandé une augmentation. La commission a examiné les requêtes et, avec l'OFIAMT et le Conseil fédéral, en a appris le bien-fondé et vous propose finalement d'inclure une augmentation de crédit de 50 000 francs.

Prêt à la Société suisse de crédit hôtelier, poste 603.01. La loi du 1^{er} juillet 1966 pour l'encouragement du crédit à l'hôtellerie et aux stations de villégiature prévoit, à l'article 16, que la Confédération appuie l'activité de la société coopérative qui s'en occupe et qui est une coopérative de droit public, en particulier par l'octroi de prêts.

Le volume des prêts de la Confédération ne doit pas dépasser 5 millions par an ni 25 millions au total. Les aides, les prêts au cautionnement, sont en général destinés à la construction et au renouvellement des structures de l'hôtellerie. Eu égard aux temps difficiles que nous vivons, il paraît nécessaire d'augmenter l'effort des pouvoirs publics. La commission a cependant exprimé quelques doutes quant à l'opportunité de maintenir cette forme d'intervention. Si la compétence est établie dans la loi, cette dernière ne fixe pas le montant, et la commission vous propose une réduction de 500 000 francs. Cette réduction a été contestée par M. Müller-Scharnachtal, avec une proposition tendant à ce que le crédit demeure fixé à 3 500 000 francs. M. Müller combat donc la réduction de 500 000 francs. C'est une question de mesure. Il a été proposé, au sein de la commission, de biffer complètement ce crédit. Or le chiffre de 3 millions a été décidé à titre de compromis après discussion. Tout en comprenant très bien M. Müller, je voudrais le prier de ne pas insister sur cette proposition dont on a débattu très longuement en commission.

L'opportunité d'examiner plus à fond les bases légales de chaque crédit, afin de décider s'il y a lieu de les modifier compte tenu des besoins actuels, a été soulevée au sein de la commission, non seulement en ce qui concerne cette baisse financière mais également dans le domaine de l'agriculture. Il faut dire ici que les conséquences financières des décisions prises par le Conseil fédéral en juin 1982 commencent à se faire sentir, notamment en ce qui concerne le placement du fromage – 31 millions supplémentaires – et les contributions aux frais pour les détenteurs de bétail dans les régions de montagne – 27 millions supplémentaires. D'autre part, il faut considérer une augmentation des recettes: d'un côté 30 millions au titre de supplément de prix sur les denrées fourragères et 19 millions de supplément de prix sur les huiles et les graisses.

Une réduction de crédit a été prévue pour le versement d'indemnités accordées pour le prélèvement de la taxe sur le lait de consommation et la crème (somme ramenée de 1 890 000 à 1 310 000 fr.). Cette réduction vous est proposée par la commission à la position 373.04. Il ne paraît en effet pas justifié d'augmenter ce crédit, parce que la différence représente la provision donnée pour l'encaissement des indemnités parallèlement à l'augmentation des prix. Cette question devra d'ailleurs être approfondie par l'Office fédéral de l'agriculture.

Enfin, l'Office des questions conjoncturelles voit, dans les prévisions, la réalisation du deuxième programme d'impulsion qui comporte 16 millions pour une durée de six ans. C'est une mesure qui a été votée récemment, dans le cadre de mesures pour le perfectionnement en matière d'informatique de gestion, de construction de machines, de développement de capteurs destinés à la technique de mesure et de réglage. La défense économique demande aussi une augmentation globale d'environ 2 millions pour compléter son programme de stockage obligatoire. Enfin, l'Office du

logement demande une augmentation de 3 millions pour l'accomplissement de ses tâches.

Voilà en bref ce qui ressort de l'examen du budget du Département de l'économie publique par la Commission des finances, laquelle vous propose à l'unanimité d'adopter ce budget avec les amendements que vous pourrez relever au tableau synoptique. Je vous demande de ne pas accepter la proposition de M. Müller-Scharnachtal. Quant à la proposition de M. Forel, dont on a parlé au cours de la discussion concernant le Département militaire, elle va probablement tomber car il n'y a plus de liaison entre la proposition qu'il avait faite avant et celle concernant ce département.

Le président: La Commission des finances vous propose deux modifications au niveau de l'Office fédéral de l'industrie, des arts et métiers et du travail. La première est une augmentation de 50 000 francs au poste 453.03. Elle n'est pas combattue, elle est donc acceptée.

En revanche, la proposition faite au poste 603.01 – Prêts à la Société suisse de crédit hôtelier – est combattue par M. Müller-Scharnachtal.

603.01 Darlehen an die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit

603.01 Prêts à la Société suisse de crédit hôtelier

Anträge siehe Seite 1569 hiervor – Propositions voir page 1569 ci-devant

Müller-Scharnachtal: Wer bei der Auseinandersetzung um das Budget den Begriff «Opfersymmetrie» zum ersten Mal geprägt hat, weiss ich nicht. Darunter verstehe ich jedenfalls die Forderung nach einer grundsätzlich gerechten, ausgewogenen und angemessenen Kürzung oder Stabilisierung aller Budgetposten, sofern dadurch keine gesetzlichen Verpflichtungen verletzt oder sonstige schwerwiegende Gründe entgegenstehen. Am Beispiel der Budgetposition «Darlehen an die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit» möchte ich zeigen, dass hier diese Opfersymmetrie sehr wahrscheinlich missachtet worden ist.

Wie Ihnen bekannt ist, kann heute ein Hotelprojekt oder ein Hotelumbau von wesentlicher Bedeutung kaum noch finanziert werden. Oft ist ein Ausweg nur noch über eine Hotelkette oder über die Umfunktionierung in ein Aparthotel zu finden. Um die Finanzierung konventioneller Hotelbetriebe zu erleichtern, wurde eben diese Institution, die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredit, mit beachtlichem Engagement des Bundes gegründet. Das durch diese Gesellschaft ausgelöste Investitionsvolumen von durchschnittlich gut 200 Millionen Franken pro Jahr führte in den Fremdenverkehrsregionen zu einer spürbaren Verbesserung des Hotelangebotes. Mir will nun scheinen, dass wir diesen erfreulichen Aufholprozess nicht durch eine unüberlegte Kürzung in Frage stellen sollten.

Im neuen Hotelkreditgesetz wurden der Gesellschaft jährlich 5 Millionen Franken Bundesmittel in Aussicht gestellt. Der Bundesrat will nun die 1982 ausgerichteten Darlehen im Betrage von 4,5 Millionen Franken für das Jahr 1983 auf 3,5 Millionen Franken herabsetzen; das macht eine Kürzung von gut 22 Prozent aus. Die Finanzkommission hat nun ohne Federlesens eine weitere Reduktion um 500 000 Franken vorgenommen, so dass die ganze Kürzung etwas mehr als 33 Prozent ausmachen würde.

Wir hätten die Bundesfinanzen mit einem Schlag im Gleichgewicht, würden wir den Sparhebel überall auf gleiche Manier ansetzen. Obwohl der Bundesrat bereits einen schmerzlichen Abstrich vorgenommen hat, bin ich bereit, dieses Verdikt anzunehmen, während ich Sie bitten muss, die von der Finanzkommission vorgenommene weitere Kürzung abzulehnen. Mit 3,5 Millionen Franken Darlehen erzielen wir eine gute Wirkung; denken wir dabei an die Einnahmenseite. Die zahlreichen neuerstellten, umgebauten und modernisierten Hotels tragen wesentlich zur Stärkung unserer Wirtschaft bei.

Rubi: Wenn man Einsicht nimmt in das Protokoll der Sektion Volkswirtschaftsdepartement der Finanzkommission, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, es bestehe in gewissen Kreisen die Auffassung, diese Gesellschaft für Hotelkredit sei überflüssig. Ich möchte doch betonen, dass die Instrumentarien dieser Gesellschaft in vielen Fällen die Sanierung von Hotels und die Neuerstellung erst ermöglicht haben. Es wird gesagt, das sei eine Aufgabe der Finanzinstitute, der Banken. Erfahrungsgemäss dürfen wir glücklicherweise feststellen, dass sich die Banken auch engagieren, in den letzten Jahren namentlich im spekulativen Aparthotelbau. Wir sind aber in erster Linie auf gute Familienbetriebe angewiesen. Diese stellen immer noch die solide Grundlage unserer Hotellerie dar, und es ist wünschbar, dass die Gesellschaft für Hotelkredit den Impuls gibt, in Zusammenarbeit mit den Banken, dass auch in Zukunft solche Betriebe saniert oder allenfalls neu erstellt werden können. Ich glaube, im Hinblick darauf, dass weit über 100 Mitglieder der eidgenössischen Räte der parlamentarischen Gruppe für Verkehr und Tourismus angehören, Ihnen die Bedeutung des Tourismus für unser Land bekannt ist. Und im ganzen gesehen besteht hier eine grosse Opfersymmetrie. Wenn man die Beiträge des Bundes zugunsten des Tourismus der volkswirtschaftlichen Bedeutung gegenüberstellt, darf man wohl sagen, dass die Beiträge nicht zu hoch gegriffen sind. Auch wenn jetzt die Bundeskassen nicht randvoll gefüllt sind, möchte ich Sie bitten, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen, den hier Herr Müller wieder aufgenommen hat.

Stich: Die Kürzung, die die Finanzkommission vorgenommen hat, ist darauf zurückzuführen, dass ich in der Finanzkommission den grundsätzlichen Antrag gestellt habe, diesen Kredit überhaupt zu streichen. Ich weiss allerdings, dass es auch hier ein Bundesgesetz gibt, das 5 Millionen Franken vorsieht für Darlehensgewährungen an Hotelneubauten oder -umbauten.

Ich selber bin davon ausgegangen, dass 3,5 Millionen oder 5 Millionen für das Hotelgewerbe im ganzen überhaupt nicht mehr von Bedeutung sind; denn mit 3,5 Millionen, Herr Müller-Scharnachtal, können Sie ein Hotel sanieren, aber sicher nicht mehr, und dann ist die Auswahl doch recht zufällig, wer dann ausgerechnet hier in den Genuss eines solchen Darlehens kommt. Die ganze Kreditgewährung an das Hotelgewerbe stammt aus den dreissiger Jahren. Ich denke, hier hat sich die Situation wesentlich verändert. Wenn Sie von der heutigen wirtschaftlichen Lage ausgehen, müsste man natürlich dem Bund einiges andere übertragen, ich denke hier insbesondere an die Uhrenindustrie. Ich selber bin überzeugt, dass wir in der Schweiz einen Bankenapparat haben, der die Finanzierung übernimmt und übernehmen kann. Das tut er übrigens auch in der Uhrenindustrie, wenn auch gelegentlich nicht gerne, weil die Risiken dort eben sehr gross sind. Man hat dann im Sinne eines Zeichensetzens den Antrag gestellt und akzeptiert, dass man hier den Betrag von 3,5 Millionen auf 3 Millionen reduzieren soll. Die Meinung der Finanzkommission war aber ganz eindeutig: der Bundesrat solle beauftragt werden, die Frage überhaupt zu prüfen, ob diese Aufgabe beim Bund noch sinnvoll untergebracht sei oder ob ein Verzicht nicht zweckmässiger wäre. Deshalb bitte ich Sie, im Namen auch der Finanzkommission, dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

Darf ich vielleicht, Herr Vizepräsident, gerade zu einer anderen Position des BIGA noch ein Wort sagen? Ich habe mich dort eingetragener, aber ich habe keinen Antrag gestellt.

Es betrifft die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften. Ich habe bereits im Eintretensreferat gesagt: Es geht mir dort nicht darum, die Beiträge des Bundes an die wirklichen Bürgschaftsverluste zu kürzen oder zu verhindern. Aber ich bin der Auffassung, dass es angesichts der heutigen finanzpolitischen Situation im Bund nicht mehr tragbar ist, dass der Bund an die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften jährliche Beiträge von 180 000 Franken, an die Saffa 20 000 Franken und für eine Statistik des Gewerbeverbandes

des 10 000 Franken bezahlt. Was ich nicht akzeptiere, ist, dass man auf diesen Verwaltungskostenbeiträgen – und ich spreche nur von den Verwaltungskostenbeiträgen und nicht von den Verlusten –, dass man hier keine 10prozentige Kürzung vorgenommen hat. Ich bitte den Bundesrat, das in der Zukunft zu veranlassen, aber auch zu veranlassen, dass dieses Gesetz geändert wird, dass auch diese Genossenschaften in bezug auf ihre Verwaltungskosten selbsttragend werden und ohne Bundeskrücken auskommen.

M. Jelmini, rapporteur: La Commission des finances s'est penchée longuement sur ce poste du budget et, par 9 voix contre 6, vous propose de le réduire d'un demi-million de francs et de le porter au montant de 3 millions. Je rappelle que cette dépense repose sur une base légale, à savoir la loi sur l'encouragement du crédit à l'hôtellerie et aux stations de villégiature, qui dispose que la Confédération peut participer au financement du fonds de prêts de la dite société jusqu'à concurrence de 5 millions de francs par année et de 25 millions au total. Cette proposition ne dépasse donc pas du cadre légal en ce qui concerne tant la participation totale que les versements annuels.

C'est une question de mesure qui se pose à notre conseil: faut-il verser davantage ou un peu moins? La Commission des finances a estimé qu'une certaine aide doit être accordée à la Société de crédit hôtelier mais qu'il convenait de réduire d'un demi-million son montant, que le Conseil fédéral avait fixé à 3,5 millions.

Hofmann, Berichterstatter: Ich kann lediglich noch unterstreichen, was vom Präsidenten der Sektion, von Herrn Jelmini, gesagt worden ist. In der Kommission lag ein Antrag auf Streichung dieses Kredites vor. Es wurde geltend gemacht, dass diese Kreditgewährung Sache der Banken sei. Auf der anderen Seite besteht aber ein Gesetz. Die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredite wurde vom Bundesrat, gestützt auf das Bundesgesetz vom 1. Juli 1966 über die Förderung des Hotel- und Kurortkredites, als Genossenschaft des öffentlichen Rechts errichtet. Dieser Genossenschaft obliegt die Förderung der Hotel- und Kurorterneuerung. Der Bund ermöglicht ihre Tätigkeit insbesondere durch die Gewährung von Darlehen. Nachdem das bei der Gründung dieser Gesellschaft zur Verfügung stehende Grunddarlehen während längerer Zeit ausreichte, hat die Liquiditätsslage der Gesellschaft durch die Zunahme ihrer Verpflichtungen in den letzten Jahren eine Verknappung erfahren.

Artikel 16 Absatz 1 des einschlägigen Gesetzes sieht vor, dass der Bundesrat jährlich bis zu 5 Millionen Franken an weiteren Darlehen bis gesamthaft 25 Millionen Franken zur Verfügung stellen kann, wenn das Grunddarlehen für die Zwecke des Gesetzes nicht ausreicht. Von dieser Möglichkeit wird seit 1980 Gebrauch gemacht. Es ist nun eine Frage des Masses, wie weit man gehen will. Nachdem sogar ein Streichungsantrag vorlag, hat man sich in der Kommission mehrheitlich auf einen Kompromiss geeinigt, obwohl Herr Bundesrat Honegger auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs und dieser Position hinwies.

Die Kommission hat mit 9 gegen 6 Stimmen bei Enthaltungen der Reduktion dieses Kredites von 3,5 Millionen Franken auf 3 Millionen zugestimmt; sie beantragt dem Rat, ihr zu folgen.

M. Barchi, rapporteur: M. Jelmini, président de la sous-commission, vous a déjà indiqué les motifs pour lesquels la proposition de M. Müller-Scharnachtal doit être combattue. Il l'a même prié de retirer sa proposition.

La commission, qui s'est penchée sur d'autres problèmes du même genre qui ont été soulevés en son sein, a pris en l'occurrence une décision de compromis. La majorité de ses membres, avec seulement quelques abstentions, sont arrivés à la conclusion que ce crédit en tout cas doit être biffé.

Je tiens à rappeler à M. Müller-Scharnachtal que cette opé-

ration s'inscrit aussi dans le concept «plus de libertés, moins d'Etat». Il faut renoncer à l'octroi de subventions fédérales là où l'intervention de l'Etat n'est pas indispensable.

Bundespräsident Honegger: Diese Geschichte ist nicht von allzu grosser Bedeutung. Sie haben aber festgestellt – und es ist hier auch dargelegt worden –, dass der Bundesrat bereits gekürzt hat. Er hat von 4,5 Millionen Franken auf 3,5 Millionen Franken gekürzt. Die Kommission war der Meinung, man könnte überhaupt verzichten. Dann wurde ein Vermittlungsantrag gestellt, man solle auf 3 Millionen Franken reduzieren.

Wir haben den Auftrag der Finanzkommission übernommen, abzuklären, ob die Mitfinanzierung durch den Bund überhaupt noch notwendig sei. Es ist heute schwierig zu sagen, ob diese Institution vom Bund noch mitfinanziert werden muss. Herr Stich hat nicht ganz unrecht, wenn er darauf aufmerksam macht, dass hier die Banken eigentlich zum Zuge kommen sollten.

Noch ein anderer Hinweis: Der Bund verzichtet, vorläufig wenigstens, auf die Rückzahlung der Darlehen, die wir dieser Institution bisher gewährt haben. Es liegt im Ermessen des Bundesrates, diese Darlehen zurückzufordern. Heute sind etwa 75 Millionen Franken hängig, und die Darlehen, die zurückbezahlt werden, können immer wieder neu gebraucht werden. Es ist also nicht so, dass diese Institution nur über das Darlehen verfügt, das der Bund zur Verfügung stellt; es sind wesentlich grössere Mittel. Und es ist für diese Institution viel wichtiger, dass wir auf die Rückzahlung verzichten und ihr diese Darlehen belassen. Ich möchte den Entscheid Ihnen überlassen.

Nun noch eine Bemerkung an die Adresse von Herrn Stich. Er stellt mir die Frage, ob nicht bei den gewerblichen Bürgergenossenschaften auf die Finanzierung der Verwaltungskosten verzichtet werden könnte. Ich bin mit Herrn Stich einverstanden. Vorläufig können wir das aber nicht tun, weil es eine gesetzliche Verpflichtung ist. Wir müssen also dieses Gesetz zur Förderung der gewerblichen Bürgergenossenschaften ändern, wenn wir dem Wunsche von Herrn Stich entsprechen wollen. Ich habe die nötigen Anordnungen getroffen und das BIGA eingeladen, diese Frage zu prüfen. Ich bin mit Ihnen, Herr Stich, einverstanden, dass wir hier eine gesetzliche Änderung vornehmen müssen. Es ist aufgrund der heutigen finanziellen Lage sehr wahrscheinlich nicht mehr gerechtfertigt, dass wir diese Verwaltungskosten durch den Bund alleine zahlen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	70 Stimmen
Für den Antrag Müller-Scharnachtal	34 Stimmen

Genehmigt – Approuvé

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Département des affaires étrangères

Weber Leo, Berichterstatter: Wir stellen beim Politischen Departement keine Abänderungsanträge. Ich kann mich deshalb sehr kurz fassen.

Zu Ziffer 201, Auswärtiges im engeren Sinn des Wortes: Diese Abteilung hat die Finanzen sehr gut im Griff, die Steigerung beträgt lediglich 3,7 Prozent, also weniger als die allgemeine Steigerung der Bundesausgaben. Entscheidend dafür sind allerdings der Frankenkurs und die Teuerung im Ausland, die einen gewissen Unsicherheitsfaktor darstellen. Wir haben uns einige Gedanken gemacht und eine Aussprache gepflogen über die Sorgen des Departements betreffend die Plafonierung der Hilfskräfte, über die Aufstockung des Überwachungspersonals und weiter über die

Erhöhung der Ausbildungskosten unserer Seeleute, die in Grossbritannien und in Deutschland erfolgt und der wir nichts entgegenhalten können. Wir haben vernommen, dass die Schweiz Schwierigkeiten hat mit dem Nachwuchs von Seeleuten und dass die Besatzungen unserer Schiffe nur noch zu einem relativ bescheidenen Teil aus Schweizern bestehen.

Eine weitere Frage betraf die Hilfe an kriegsgeschädigte Auslandschweizer. Es stehen nun, bald 40 Jahre nach Kriegsende, noch rund 7 Millionen Franken aus einem grösseren Verpflichtungskredit zur Verfügung. Wir haben das Departement beauftragt, der Frage einmal das Augenmerk zu schenken, ob man hier nicht langsam zu einem Ende kommen könnte.

Etwas mehr zu sprechen gab die Entwicklungshilfe (Ziffer 202). Hier beträgt die Steigerung, gemäss dem Willen des Bundesrates und des Parlamentes, 15,7 Prozent. Sie liegt damit wesentlich über dem allgemeinen Wachstum der Bundesausgaben. Zahlenmässig steigen diese Aufwendungen von 481 auf 557 Millionen Franken, also um 76 Millionen. Davon gehen im wesentlichen zusätzlich an die Entwicklungszusammenarbeit 31 Millionen Franken, an die humanitäre Hilfe 11 Millionen Franken (hier spielt der Libanon eine wesentliche Rolle) und an die Wirtschaftshilfe 33 Millionen Franken, mit einem Beitrag an die Türkei. 48 Prozent der Ausgaben gehen nach Afrika, 36 Prozent nach Asien und 16 Prozent nach Lateinamerika. Wir haben auch Kenntnis davon genommen, dass mit dieser Erhöhung der Anteil am Bruttosozialprodukt 0,26 Prozent beträgt und damit etwas höher ist als letztes Jahr. Diese Zahl wird in Zweifel gezogen; wir haben Kenntnis genommen von einem Bericht des Departementes, der mit dem Rechenschaftsbericht des Jahres 1982 zu behandeln sein wird.

Wir haben im weiteren Kenntnis genommen davon, dass für Hilfskräfte 50 000 Franken mehr ausgegeben werden. Es handelt sich hier um Hilfskräfte, die zur Prüfung der Abrechnungen beigezogen werden müssen, weil hier grössere Ausstände bestanden haben. Das Departement hofft, dass diese Ausstände auf Ende 1983 abgebaut werden können. Im übrigen haben wir vom Departement saubere Unterlagen erhalten. Wir haben auch einen guten Eindruck von der Rechnungsführung und der Budgetierung.

Wir beantragen Ihnen Zustimmung.

M. Aubert, conseiller fédéral: Je n'ai rien à ajouter au rapport qui vient de vous être présenté. J'en remercie son auteur ainsi que la commission.

Vous avez pu constater que les dépenses du Département fédéral des affaires étrangères n'ont augmenté que de 3,7 pour cent, alors que l'augmentation moyenne des dépenses de la Confédération se monte à 4,1 pour cent.

En ce qui concerne les autres points du rapport et plus particulièrement celui relatif aux auxiliaires, j'ajouterai que nous espérons, grâce à l'engagement d'un auxiliaire pour l'année 1983, arriver à rattraper tout le retard dans l'accomplissement des travaux de révision comptable de la DDA, retard dû principalement à l'extension de l'aide publique au développement autorisée par les Chambres.

Je remercie encore une fois M. Weber de son rapport.

Genehmigt – Approuvé

Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
Département des transports et communications et de l'énergie

Antrag der Kommission

804 Bundesamt für Wasserwirtschaft

391.01 Forschungs- und Studienaufträge Fr. 122 000

Proposition de la commission

804 Office fédéral de l'économie des eaux

391.01 Mandats de recherche et d'étude Fr. 122 000

Antrag Günter

803 Bundesamt für Zivilluftfahrt

351.05 Entschädigung für die Benützung des Flugplatzes Bern-Belp durch den Bund Fr. 190 000

Proposition Günter

803 Office fédéral de l'aviation civile

351.05 Indemnité versée pour l'utilisation de l'aérodrome de Berne-Belp par la Confédération Fr. 190 000

Müller-Bern, Berichterstatter: Nach einem kleinen Zwischenspiel kommt nun doch das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement an die Reihe. Gegenüber der Rechnung 1981 sieht der Voranschlag 1982 eine Zunahme der Ausgaben von 242 Millionen Franken bei gleichzeitiger Reduktion der Einnahmen um 86 Millionen Franken vor. Eine der Hauptursachen der Erhöhung der Ausgaben ist beim Amt für Verkehr zu suchen und hier insbesondere beim öffentlichen Verkehr. Bei den konzessionierten Transportanstalten fällt der Posten Tarifannäherung und Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen ins Gewicht. Bei den SBB muss man feststellen, dass gemäss Voranschlag die Ausgaben des Bundes nächstes Jahr eine Höhe von 1,1 Milliarden Franken erreichen werden, 618 Millionen für die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen, 143 Millionen für Zinsausfälle auf dem Dotationskapital und 405 Millionen für die Betriebsdefizitdeckung. Dieser letzte Betrag – das ist auch in der Kommission hervorgehoben worden – ist wahrscheinlich eher optimistisch kalkuliert; denn 1981 erforderte die Defizitdeckung über 593 Millionen Franken. Die Kommission ist der Meinung, diese Entwicklung könne nicht einfach fatalistisch hingenommen werden. Insbesondere die erschreckende Abwanderung des Güterverkehrs auf die Strasse sollte abgebremsst werden. Notwendig ist so rasch wie möglich eine wirklich koordinierte Verkehrspolitik, eine vernünftige Verkehrsteilung. Ob allerdings die geplante Tarifierhöhung der Bahnen einen Beitrag bildet, um die Abwanderung auf die Strasse zu verhindern, darf mit einigem Recht bezweifelt werden. Auf der anderen Seite sind die Bahnen, und hier speziell die SBB, auch gemäss Leistungsauftrag zu einer wirtschaftlichen, möglichst kostendeckenden Betriebsführung verpflichtet. Im übrigen ist festzustellen, dass die in den letzten 20 Jahren vorgenommenen Tarifierhöhungen nicht einmal die Teuerung ausgeglichen haben.

Unter Ziffer 413.32 auf Seite 78 taucht neu ein Betrag von 10 Millionen Franken Starthilfe für den Huckepackverkehr der SBB auf. Die Förderung des Huckepackverkehrs, vor allem bei den Lastwagen, ist sicher sehr begrüssenswert und sicher auch eine nützliche Sache. Im übrigen ist diese Starthilfe keine eigentliche Mehrbelastung oder zusätzliche Ausgabe, da sich im gleichen Umfang der Beitrag zur Defizitdeckung vermindert. Beabsichtigt wird mit dieser Bundeshilfe vor allem die Entlastung des Schwerverkehrs im Gotthardtunnel in der Leventina. Die Hilfe soll nach einer gewissen Anlaufzeit wieder eingestellt werden.

Beim Amt für Zivilluftfahrt sind die Positionen 331.01 (auf Seite 79, Unterhalt von Mobilien und Immobilien) und 511.01 (Seite 80, Instrumente und Apparate) hervorzuheben. Es geht hier um die Totalrevision des Flugvermessungsflugzeuges Golfstream. Hierfür ist unter der Position 331.01 ein Betrag von 2 040 000 Franken vorgesehen. Dazu kommen 380 000 Franken für Apparate. Die Totalrevision wird gesamthaft 3,1 Millionen Franken kosten, 800 000 Franken sind im Finanzplan 1984 eingesetzt. Ein Ersatz des aus dem Jahre 1968 stammenden Flugzeuges samt den Messeinrichtungen wäre zwar – wie erklärt wurde – die beste, aber leider auch die teuerste Lösung und passt deshalb schlecht in die heutige Landschaft hinein. Nachdem eingehende Unter-

suchungen ergeben haben, dass Zelle und Triebwerk sich noch in einem guten Zustand befinden, glaubt man, dass nach der Revision dieses Flugzeuges es noch für weitere 15 Jahre verwendet werden kann; total wird dieses Flugzeug dann etwa 30 Jahre fliegen. Eine typisch sparsame Schweizer Lösung, aber schliesslich fliegen auch die Ju 52 aus den dreissiger Jahren immer noch, wenn auch im Moment nicht mehr für das Militärdepartement.

Beim Amt für Zivilluftfahrt ist unter der Position 351.05, Entschädigung für die Benützung des Flugplatzes Bern-Belp durch den Bund, ein Antrag unseres Kollegen Günter gestellt worden, den verlangten Betrag von 345 000 Franken auf 190 000 Franken zu reduzieren. Ich nehme der Einfachheit halber gerade jetzt zu diesem Antrag Stellung. Einmal ist hier zu sagen, dass es sich nicht um eine Subvention handelt und damit auch nicht der befürchtete Ausbau des Flugplatzes Belpmoos gefördert wird. Ich bin übrigens persönlich Mitglied des Vereins gegen den Ausbau des Flugplatzes Belpmoos. Aber der Bund hat einen Flugplatz in der Nähe der Hauptstadt nötig, einmal das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement und dann auch das EMD. Die Entschädigung, die bis heute ausgerichtet wurde, genügt offensichtlich nicht; deshalb ist vereinbart worden, nun auf 345 000 Franken zu gehen, also die Entschädigung entsprechend zu erhöhen. Jede andere Lösung wäre bedeutend teurer. Verschiedene Ausweichmöglichkeiten sind geprüft worden, beispielsweise Grenchen. Aber all das käme den Bund bedeutend teurer zu stehen als die Lösung mit dieser Entschädigung, die bei weitem die Kosten des Flugplatzes nicht deckt. Der Bund ist also interessiert, dass er hier eine Basis bekommt, einmal für seine Luftfahrzeuge des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes und dann auch für Flugzeuge des EMD. Es ist eindeutig die wirtschaftlichste Lösung, dass man diese Flugzeuge hier in unmittelbarer Nähe der Bundeshauptstadt Bern stationiert. Wir müssen den ungedeckten Flugsicherungskosten beim Flugplatz Belpmoos und den Bedürfnissen des Bundes Rechnung tragen. Deshalb beantragen wir die Erhöhung des Beitrages an den Flugplatz Belpmoos.

Die einzige Änderung beim Voranschlag des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes, die Ihnen die Kommission vorschlägt, sehen Sie bei der Position 804 (Bundesamt für Wasserwirtschaft), 391.01 (Forschungs- und Studienaufträge). Der beantragte Kredit soll gemäss der Finanzkommission von 147 000 Franken auf 122 000 Franken reduziert werden. Die Kommission ist der Meinung – deshalb die Reduktion, die beantragt wird –, dass die Studien für Kleinkraftwerke füglich durch die Nutzniesser dieser Expertisen selber getragen werden sollen.

Im übrigen stellt die Kommission fest, dass die Verantwortlichen im Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement sorgfältig mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen sind. Sie beantragt Ihnen einstimmig, mit der kleinen Änderung beim Amt für Wasserwirtschaft, Zustimmung zum Voranschlag und Ablehnung des Antrages unseres Kollegen Günter.

Präsident: Das Wort hat Herr Günter zur Begründung seines Antrages.

Günter: Ich beantrage Ihnen, den Zuschuss an den Flugplatz Bern-Belpmoos auf der letztjährigen Höhe zu belassen, also die Erhöhung um 165 000 Franken nicht vorzunehmen. Der Betrag ist sicher nicht sehr gross, aber es sind einige grundsätzliche Probleme damit verbunden, so dass ich mir doch gestatte, hier darauf zu sprechen zu kommen. Der Bund hat mit der Stadt Bern 1929 einen Briefwechsel geführt, der zum Abschluss eines Vertrages führte. Der Bund hat damals 200 000 Franken an den Ausbau des Flugplatzes bezahlt. Das war eine grosse Summe Geld. Er hat sich dafür das Recht eingehandelt, diesen Flugplatz benutzen zu dürfen, und zwar unentgeltlich, dass der Flugplatz auf der Höhe der Zeit gehalten werde und dass diese Verpflichtung allenfalls auch an Dritte übertragen wird. In der Konzession von 1955 hat man diesen Passus wieder

wortwörtlich aufgenommen. Etwas später hat man sich dann auf den Standpunkt gestellt – wahrscheinlich weil man sah, dass der Flugplatz Bern-Belpmoos nicht rentierte –, dass der Bund mithelfen müsse, eine Defizitgarantie zu übernehmen. Die Defizitgarantie wurde ganz klar gesprochen, um den Flugplatz finanziell über Wasser zu halten. Es war damit von keiner Benützungsgebühr die Rede. Die Defizitgarantie wurde auf 200 000 Franken begrenzt. Inzwischen ist diese Vereinbarung ausgelaufen, und soviel mir bekannt ist, wurde keine neue getroffen. Wir hängen also im Moment in einem rechtlosen Raum. Ein Bundesratsbeschluss ist in Vorbereitung, aber soviel mir bekannt ist, noch nicht beschlossen, und eine Vernehmlassung ist im Gang, ob die Konzession überhaupt verlängert werden soll. Nun wurde auf wundersame Art und Weise plötzlich aus der Subventior (bzw. der Defizitdeckung) eine «Gebührentschädigung». Die Absicht ist ganz klar. Man wollte der linearen Subventionskürzung entgehen. Wir haben auf allen Dingen rigoros Kürzungen vorgenommen, meistens um 10 Prozent; aber ich denke auch an die Krankenkassen, wo wir um 5 Prozent gekürzt haben. Wir haben beim Militär gekürzt. Herr Hubacher hat ja davon gesprochen, dass alle Haare lassen müssen.

Es geht nun nicht an, eine Subvention einfach umzutaufen in eine Gebührentschädigung, und zwar aus zwei Gründen:

1. Wenn das Schule macht, dann können wir mit unseren Subventionskürzungen einpacken. Dann werden einfach nur noch überall Gebühren entrichtet und Leistungen entschädigt.

2. Der Bund hat einen Vertrag mit der Stadt Bern, worin steht, dass keine Gebühren bezahlt werden müssen. Ich meine, wenn der Bund ausnahmsweise einmal einen Vertrag abgeschlossen hat, von dem er einen langfristigen Vorteil hat, dann begreife ich nicht, warum man sagt: Ja, der Vertrag ist für die anderen so ungünstig, wir bezahlen jetzt einfach von uns aus mehr. Das könnten wir machen, wenn wir zuviel Geld hätten – aber nicht in der heutigen Situation. Warum hat man diesen Beitrag erhöht? Die Situation ist klar. Die Stimmbürger der Stadt Bern haben es abgelehnt, ihren Beitrag weiterhin zu zahlen. Und jetzt kommt einfach der Bund und sagt: Wenn Ihr nicht zahlt, dann zahlen wir halt. Wenn dieses Beispiel Schule macht, dann ist ja jeder in der Schweiz blöd, der seine Verträge einhält und der bezahlt. Der Bund kommt dann schon, wenn die Aufgabe wichtig ist und übernimmt das alles.

Ich würde nicht so weit gehen und einen totalen Streichungsantrag stellen. Aber ich meine: Es ist dann schon viel getan, wenn wir den letztjährigen Beitrag heute noch einmal ausbezahlen. Es geht aber ganz sicher nicht an, dass wir den Beitrag beinahe verdoppeln.

Ich möchte Ihnen beantragen, dass wir den letztjährigen Beitrag beibehalten, nämlich 190 000 Franken; das ist mehr als genug in unserer Situation, wo man immer vom Sparen spricht. *(Beifall auf der Tribüne)*

Bratschi: Eigentlich wollte ich zu diesem Thema nicht sprechen, sehe mich aber jetzt doch als Berner veranlasst, etwas dazu zu sagen.

Was den Flugplatz Belpmoos anbetrifft, so ist für uns Stadtberner die Interessenlage klar. Der Bund hat das grösste Interesse, der Kanton vielleicht das zweitgrösste, und das kleinste und geringste Interesse hat die Stadt Bern. Dies wurde bestätigt durch eine Volksabstimmung vor rund zwei Jahren, als das Volk für eine Weiterführung des Belpmooses den entsprechenden Kredit ablehnte. Ferner stellt ein Gutachten von Prof. Saladin fest, dass die Stadt Bern nicht dazu verpflichtet werden kann, diesen Flugplatz weiter zu führen. Ich wäre Ihnen deshalb verbunden, wenn Sie dem Antrag von Herrn Dr. Günter zustimmen würden. Im übrigen ist es so, dass vor 14 Tagen im Stadtrat selbst ein Postulat auf Rückzug aus dem Belpmoos durchgegangen ist. Der Gemeinderat der Stadt Bern, die Exekutive, hat sich dazu geäußert, dass er höchstens noch willens wäre, den Status quo beizubehalten.

Kunz: Zuerst möchte ich die Interessenlage festlegen. Ich bin Verwaltungsratspräsident der Alpar AG, also auch des Flugplatzes Belpmoos, und vertrete dort das Aktienpaket der Stadt Bern und des Kantons Bern; zusammen sind das mehr als zwei Drittel. Ich bin von der Stadt Bern aufgefordert worden, diesen Posten zu übernehmen. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat mich ungefähr ein Jahr lang bearbeitet, diese undankbare Aufgabe im Interesse der Stadt zu übernehmen. Ich habe das nach langem Hin und Her zugesagt – unter der Voraussetzung, dass der Kanton und die Stadt Bern ihre Interesse an diesem Flugplatz bekunden und an ihm festhalten, was mir zugesichert worden ist. Seither hat – ohne das Zutun des Gemeinderates der Stadt Bern, er ist dort unschuldig – das Volk den Beitrag der Stadt Bern an das Belpmoos in einer Volksabstimmung gestrichen. Dadurch ist die Situation entstanden, dass die übrigen Behörden, das sind der Kanton und der Bund, nun die zusätzlichen Beiträge übernehmen mussten. Man hat das Budget des Flugplatzes Belpmoos sehr stark reduziert, aber für den Rest müssen nun Kanton und Bund ein wenig mehr einspringen, um den Ausfall von einem Drittel der Betriebsbeiträge wettzumachen. Allerdings haben die Oberländer Gemeinden von sich aus eine Aktion unternommen und freiwillig einen wesentlichen Beitrag für das Jahr 1982 aufgebracht. Aber für den Rest ist die Finanzierung nicht gesichert. Und die Gesellschaft Alpar hat festgestellt, wenn diese Beiträge für das Jahr 1983 durch Kanton und Bund nicht aufgebracht werden können, dass noch dieses Jahr die Liquidation der Gesellschaft an einer ausserordentlichen Generalversammlung beantragt werden muss. Man will nämlich die Finanzlage der Gesellschaft nicht noch mehr aushöhlen, sondern man will als sozialer Arbeitgeber den Leuten, die dort ihr Brot haben, wenigstens noch eine Abfindung geben können, sollte die Gesellschaft liquidiert werden müssen. Das ist die gegenwärtige Lage.

Und nun hat der Kanton Bern gesagt, er wolle das Belpmoos nach dem Austritt der Stadt Bern auf eine neue Basis stellen. Das braucht eine Gesetzesänderung. Und um diese Gesetzesänderung durchzuführen, hat der Grosse Rat bereits eine Kommission bestellt, und er wird seine zwei Lesungen der Gesetzesänderungen noch im Frühjahr des kommenden Jahres durchführen. Anschliessend wird es eine Volksabstimmung im Kanton Bern über das Schicksal des Belpmooses geben. Das Berner Volk wird dazu Stellung nehmen. Mir scheint es jetzt nicht angebracht, wenn wir durch die Streichung der Beitragserhöhung bereits jetzt die Liquidation der Gesellschaft in diesem Saale beantragen. Warten wir doch die Gesetzgebung im Kanton und die Volksabstimmung ab, und dann können wir entscheiden. Bis dahin sollten wir das, was während 50 Jahren gewachsen ist, nicht heute in diesem Saal durch einen Federstrich beerdigen. Deshalb unterstütze ich den Antrag des Bundesrates und der vorberatenden Instanzen.

Müller-Scharnachtal: Sie stehen vielleicht unter dem Eindruck, dass sich hier eine Diskussion unter Bernern abspiele. Weit gefehlt! Der Flugplatz Belpmoos, das hat eine Studie der Berner Regierung klar ergeben, liegt im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, konkret im Interesse des Bundes, des Kantons und der Stadt Bern, obwohl nun der Gemeinderat der Stadt Bern den Eindruck erweckt, dass die Interessen der Stadt Bern hier wenig ins Gewicht fallen würden. Wie Herr Kollege Kunz bereits ausgeführt hat, wird der bernische Grosse Rat in seiner Session vom Februar 1983 über einen Beitrag an die notwendigsten Investitionskosten beraten und beschliessen. Es geht hier um das Alpar-Projekt 80, ein reduziertes, bescheidenes Projekt, das im Interesse der Wirtschaft, vor allem auch des Tourismus, einen minimalen Linien- und Charterverkehr zulassen wird. Es ist ein erklärtes Ziel, das wird auch der Bundesrat bestätigen, dass eine minimale Flugbereitschaft des Belpmooses vorhanden sein muss. Ich bitte Sie daher, den Antrag Günter abzulehnen und dem Gedanken von Herrn Kunz zu folgen, dass wir jetzt vorerst die Realisierung dieses Ausbauprojektes abwarten und erst darauf im Bun-

desparlament über solch schwerwiegende Entscheide beschliessen.

Hofmann, Berichterstatter: Der Bundesrat hat sich mit der Benützung des Belper Flugplatzes sowie mit der Entschädigung für die im Bundesinteresse liegende Benützung eingehend befasst. Sowohl das Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, das Departement des Innern, das Militärdepartement als auch das Finanzdepartement haben dazu Stellung bezogen. Rechtlich wurde abgeklärt, dass es sich hier nicht um eine Subvention, sondern um einen Benützungsbeitrag handelt. Wenn der Bund diesen Flughafen benützen will, dann muss er einen Benützungsbeitrag leisten, und zwar so, dass dieser Flughafen benützbar ist. Es wurden auch andere Alternativen geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass eine Verlegung des Flugverkehrs, wie ihn der Bund beansprucht, von Bern-Belp auf einen Alternativ-Flugplatz nicht im Interesse des Bundes liegt. Dies brächte gewichtige Nachteile mit sich. Zusätzliche Personaleinheiten wären erforderlich und Investitionen im Ausmass von rund 7 Millionen Franken müssten vorgenommen werden. Es entstünden jährliche Mehrkosten im Ausmass von rund 1,3 Millionen Franken. Einsparungen im Bereiche der Flugsicherung würden nicht ermöglicht. Der Bundesrat und wir in der Kommission sind deshalb zur Auffassung gekommen, dass man diese Rubrik «Entschädigung für die Benützung des Flugplatzes Bern-Belp» im entsprechenden Ausmass dotieren müsse.

Wir beantragen Ihnen, den Antrag Günter abzulehnen.

Bundesrat Schlumpf: Ich danke dem Kommissionspräsidenten, Herrn Hofmann, und dem Berichterstatter, Herrn Richard Müller, für ihre Darlegungen, insbesondere für die generellen Bemerkungen zu meinem Departement und für die Ausführungen zum Punkt Belpmoos. Bevor ich auf diese Position zu sprechen komme, möchte ich Sie bitten, uns beim Bundesamt für Wasserwirtschaft, Konto 391.01, den Kredit von 147 000 Franken zu belassen. Wir haben hier im verwaltungsinternen Verfahren bereits eine Kürzung von etwa 40 000 Franken – aus begreiflichen Gründen – akzeptiert, so dass Sie nicht unter diese 147 000 Franken gehen sollten. Es geht hier nämlich darum, die Forschung für die sogenannten Kleinkraftwerke, die doch einen wesentlichen Teil im künftigen Energiespektrum einnehmen, weiterbetreiben zu können. Mit einer Kreditkürzung würden hier wichtige Aufgaben in Frage gestellt.

Nun zum Antrag von Nationalrat Günter. Dazu möchte ich lediglich zwei Sachen bestätigen: Es geht nicht um eine Subvention, sondern um eine Benützungsentuschädigung nach Massgabe der Interessen des Bundes. Solche Benützungsordnungen, die zum Teil schon im Jahre 1955 oder früher erlassen worden sind, haben keinen Ewigkeitwert. Sie müssen immer wieder den sich ändernden Verhältnissen, den neuen Gegebenheiten, insbesondere auch kostenmässig, angepasst werden. Es geht hier also in keiner Weise um eine Zuschussubvention des Bundes, wie Herr Günter gesagt hat, oder um eine Ersatzleistung für weggefallene Subventionen anderer Partner. Es handelt sich vielmehr um eine korrekte Abgeltung der eigenen Bundesinteressen.

Was sind denn diese Bundesinteressen? Es wurde generell darauf hingewiesen mit den Worten «eigene Benützung des Flugplatzes». Einmal geht es – das ist nicht das Wichtigste, aber es steht in einem Katalog an erster Stelle – um dienstliche Flüge von Bundesräten und Parlamentariern, aber auch von ausländischen Besuchern (Staatsbesuche, Diplomaten usw.). Sodann sind die Flüge im Auftrage von Krisen- und Sonderstäben, zu nennen insbesondere auch im Zusammenhang mit kriegswirtschaftlichen Aufgaben, der Such- und Rettungsdienst der Zivilluftfahrt, die Dienstflüge des Bundesamtes für Zivilluftfahrt und der Dienststelle für Flugunfalluntersuchungen, Ausbildungs- und Übungsflüge dieser beiden Dienststellen sowie militärische Flüge, insbesondere Transport- und Trainingsflüge.

Der Bundesrat ist überzeugt, dass ohne Flugplatz oder

Flugfeld, d. h. ohne geeignete Anlagen für einen Flugdienst, in der heutigen Zeit und in der Zukunft nicht auszukommen ist. Jede andere Ersatzmöglichkeit – man hat Modellrechnungen für andere Möglichkeiten, die etwas weiter entfernt liegen, angestellt – würde ein Vielfaches kosten. Eine solche Modellrechnung hat einen Betrag von über 1 Million Franken Bundesaufwand jährlich ergeben. Ich hätte Ihnen, Herr Günter, diese Berechnung gerne unterbreitet, wenn Sie mich darum gebeten hätten. Ich hätte Ihnen dann auch sagen können, dass der Bundesrat den Beschluss, den Sie in Frage stellen, bereits am 20. Oktober gefasst hat. Ich hätte Sie also über alle diese Details informieren können. Es ist nicht ein leichthin gefasster Subventionsbeschluss, sondern ein auf 22 Seiten begründeter Entscheid des Bundesrates, woraus hervorgeht, dass diese 345 000 Franken, die wir jährlich zur Verfügung stellen, nicht als Subvention zu betrachten sind, sondern als eine Abgeltung für die ermittelten und berechneten Eigeninteressen des Bundes. Der Bundesrat hat also – ich möchte das wiederholen – diesen Beschluss bereits gefasst.

Ein Zweites möchte ich sagen, und dies insbesondere zu den Ausführungen von Nationalrat Bratschi: Es geht natürlich auch nicht darum, die Kompetenz in bezug auf die Konzessionserteilung zu verschieben. Die Bundesversammlung ist nicht Konzessionsbehörde; sie hat aber die Budgethoheit. Die Frage, ob die Konzession für den Flugplatz Belpmoos verlängert werden soll oder nicht, ist nach anderen Kriterien zu entscheiden. Darüber haben wir zu befinden, und wir werden das auch tun. Wir können jetzt also nicht Konzessionsfragen diskutieren. Wir haben einzig zu prüfen, ob Bundesinteressen vorliegen, wenn ja, in welchem Ausmass, und was eine äquivalente Entschädigung für diese Bundesinteressen ist. Der Bundesrat ist zu der Ihnen unterbreiteten Berechnung gekommen. Sie hält sich in einem bescheidenen Rahmen.

Ich bitte Sie, diesem Kredit in vollem Umfang zuzustimmen und den gegenteiligen Antrag von Nationalrat Günter abzulehnen.

Günter: Ich möchte nur noch eine kurze Erklärung abgeben zur Klarstellung. Herr Bundesrat, in unserem Budget steht «Bundesratsbeschluss in Vorbereitung». Ich habe mich beim Dokumentationsdienst der Bundesversammlung erkundigt und von dort, mit Brief vom 25. November 1982, die gleiche Auskunft bekommen. Ich bin mir natürlich bewusst, dass das Problem, das wir hier diskutieren, schwerwiegend ist. Deshalb habe ich gesagt: «... auch wenn es ein kleiner Betrag ist». Auf der anderen Seite treffen Kürzungen alle Leute schwer, besonders in der heutigen Zeit, wo viele Betriebe schwere Probleme haben. Wir müssen konsequent sein, sonst wird das Beispiel – ich wiederhole es – Schule machen, dass der Bund für andere öffentlich-rechtliche Körperschaften, die nicht mehr bezahlen wollen, einspringen muss.

Bundesrat Schlumpf: Nationalrat Günter, ich bitte Sie, nehmen Sie es doch mit der politisch-rechtlichen Terminologie gleich genau, wie Sie das als Arzt in der Medizin zu tun gewohnt sind. Wir haben es hier nicht mit Subventionen zu tun, sondern mit einer Entschädigung, die der Bund für ein eigenes Interesse, das wir veranschlagen müssen, zu leisten hat. Zweitens möchte ich Sie bitten, doch zu beachten, wann dieses Budget abgeschlossen worden ist, nämlich am 4. Oktober. Das steht vorne in der Botschaft. Damals konnte natürlich nicht der Bundesratsbeschluss vom 20. Oktober 1982 zitiert werden, weil er eben erst drei Wochen später gefasst wurde.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Günter 12 Stimmen
Dagegen 104 Stimmen

804.391.01 Bundesamt für Wasserwirtschaft Office fédéral de l'économie des eaux

Hofmann, Berichterstatter: Die Finanzkommission beantragt Ihnen, diesen Kredit von 147 000 auf 122 000 Franken zu reduzieren. Wir haben jetzt von Herrn Bundesrat Schlumpf gehört, dass der Bundesrat beantragt, seinen Antrag zu genehmigen, nämlich 147 000 Franken.

Eine Sektionsdelegation unter der Leitung unseres Kollegen Kaufmann hat einen Dienststellenbesuch beim Bundesamt für Wasserwirtschaft durchgeführt. Diese Sektionsmitglieder bekamen dabei einen guten Eindruck von diesem Bundesamt. Neben vielen anderen Positionen haben sie speziell auch die Position 391.01 Forschungs- und Studienaufträge kontrolliert. Die Sektionsdelegation hat dabei gefunden, dass diese Forschungs- und Studienaufträge in höherem Masse durch die Benutzer finanziert werden sollten. Insbesondere macht sie geltend, dass die Studien für Kleinkraftwerke durch die Nutzniesser hätten bezahlt werden sollen. Es stimmt, wie Herr Bundesrat Schlumpf erklärt hat, dass die Verwaltung bereits selbst diesen Kredit um 38 000 Franken herabgesetzt hatte. Die Finanzkommission fand aber, dass eine weitere Reduktion angezeigt wäre, eben auf 122 000 Franken.

M. Barchi, rapporteur: La Commission des finances maintient sa proposition de réduction au poste 391.01: «Mandats de recherche et d'étude» de l'Office fédéral de l'économie des eaux (804), malgré l'avis de M. Schlumpf qui nous a déclaré que l'on avait déjà réduit ce crédit de 38 000 francs.

M. Kaufmann a présidé un groupe de travail qui a fait une visite à l'Office fédéral de l'économie des eaux, au cours de laquelle ce groupe de travail a pu constater que, finalement, ces mandats de recherche et d'étude pourraient être financés plus largement par les bénéficiaires des expertises. C'est pour cette raison que la Commission des finances, à l'unanimité, vous invite, sur proposition du groupe d'étude et également de la section, à réduire ce crédit de 147 000 francs à 122 000 francs.

Präsident: Bundesrat Schlumpf verzichtet auf ein Votum.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 66 Stimmen
Für den Antrag des Bundesrates 22 Stimmen

Genehmigt – Approuvé

Justiz- und Polizeidepartement Département de justice et police

Anträge Meier Fritz

403 Bundesamt für Polizeiwesen
493.03 Flüchtlinge: Unterstützungen Fr. 40 000 000
493.06 Beiträge an Betreuungskosten der Hilfswerke Fr. 1 000 000

Propositions Meier Fritz

403 Office fédéral de la police
493.03 Assistance aux réfugiés Fr. 40 000 000
493.06 Contributions aux frais d'assistance des œuvres d'entraide Fr. 1 000 000

Müller-Bern, Berichterstatter: Der Anteil der Ausgaben des Justiz- und Polizeidepartementes an den Gesamtaufwendungen des Bundes beträgt für das Jahr 1982 lediglich 2,03 Prozent. Es ist also ein wenig ein kostenträchtiges Departement. Die Schwerpunkte liegen im Bereich «Zivilschutz» und «Flüchtlinge». Diese beiden Aufgabengebiete beanspruchen rund drei Viertel der Sachkredite. Die Sektion und die Finanzkommission konnten sich vom wirtschaftlichen Mitteleinsatz im Justiz- und Polizeidepartement überzeugen

und gelangen insbesondere zur Feststellung, dass die Einsparungsmöglichkeiten im Transferbereich erschöpft sind. Der Voranschlag 1983 stimmt übrigens hier mit dem Finanzplan überein. Nun zu den einzelnen Ämtern.

Bundesamt für Polizeiwesen: Die Zahl der in der Schweiz um Asyl nachsuchenden Ausländer hat sich in den letzten Jahren gewaltig gesteigert: rund 300 Prozent mehr in den letzten Jahren. Diese Zunahme hat auch zusammen mit anderen Faktoren wie der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage oder Unterkunftsproblemen zu einer eigentlichen Kostenexplosion im Flüchtlingswesen geführt. 1979 waren im Voranschlag 10 Millionen Franken vorgesehen, es musste ein Nachtragskredit von ebenfalls 10 Millionen Franken bewilligt werden, total 20 Millionen Franken. 1980: Voranschlag 20 Millionen Franken, Nachtragskredit 13,5 Millionen Franken, gesamthaft 33,5 Millionen Franken. 1981: Voranschlag 32 Millionen Franken, Nachtrag 12 Millionen Franken, insgesamt 44 Millionen Franken. 1982 haben wir im Voranschlag 33 Millionen Franken. Es mussten bereits bis heute Nachtragskredite von 32 Millionen Franken bewilligt werden. Das sind bereits 65 Millionen Franken im Jahre 1982. Für 1983 sieht man 51 Millionen Franken vor.

Ob dieser Betrag ausreichen wird, ist höchst fraglich. Das Ausmass der Unterstützungsaufwendungen steht in direktem Zusammenhang mit der Verfahrensdauer bis zum Entscheid über ein Asylgesuch. Man stellt fest, dass in letzter Zeit die Asylbewerber immer häufiger sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen, was zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer und der Kosten führt. Man beabsichtigt nun die Anstellung von 18 zusätzlichen Hilfskräften – Juristen –, so dass es möglich sein wird, die individuellen Gesuche innert drei Monaten erstinstanzlich abzuklären. Ein rascher Entscheid über die Asylgesuche ist auch deshalb notwendig, weil eine Wegweisung von Asylbewerbern, im Falle eines ablehnenden Entscheides erst nach zwei bis drei Jahren, oft aus humanitären Erwägungen kaum mehr durchführbar ist. Die wachsende Zahl von Flüchtlingen stellt neben den Bundesstellen, den kantonalen Instanzen, vor allem die in der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe zusammengeschlossenen Hilfswerke vor grosse Probleme. Seit 1977 trägt der Bund 90 Prozent der eigentlichen Fürsorgeleistungen der Hilfsorganisationen. Da diese Organisationen nicht mehr in der Lage sind, die Betreuungskosten aus eigenen Mitteln zu decken, beschloss der Bundesrat am 27. Oktober 1982, rückwirkend auf den 1. Januar 1982, neu einem Beitrag auch an die Infrastrukturkosten der Hilfswerke, namentlich für das Personal, zu leisten. Es wird deshalb im Nachtrag 2 zum Voranschlag 1982 ein Betrag von 6,6 Millionen Franken beantragt.

Zur Anstellung der zusätzlichen Hilfskräfte: Die Kommission ist einverstanden damit, dass die pendenden Gesuche möglichst rasch abgewickelt werden. Sie lehnt jedoch einhellig eine Erhöhung des Gesamtplafonds für Hilfskräfte in der allgemeinen Bundesverwaltung ab und ist vielmehr der Meinung, dass die notwendigen Stelleneinheiten durch interdepartementale Verschiebungen freigestellt werden sollen. Diese Verschiebungen sind ein Wunsch, der wiederholt hier in unserem Rate vorgetragen worden ist.

Dann zu den Positionen «Flüchtlinge. Unterstützung» und «Beiträge an Betreuungskosten der Hilfswerke». Unser Kollege Nationalrat Fritz Meier hat den Antrag gestellt, es seien die Kredite unter Position 493.03 von 51 Millionen auf 40 Millionen und unter Position 493.06 von 6,6 auf 1 Million zu kürzen. Dazu ist folgendes zu sagen: Das Asylgesetz vom 5. Oktober 1979 (Artikel 20 und 31) verpflichtet den Bund, den Kantonen bzw. den Hilfswerken die Aufwendungen für die Unterstützung von Asylbewerbern bzw. von anerkannten Flüchtlingen zu vergüten. Das sind gesetzlich gebundene Ausgaben, die zum Teil von Kantonen und Hilfswerken für den Bund bevorschusst werden. Von der Kostenexplosion habe ich bereits gesprochen. Es sind für dieses Jahr schon für 65 Millionen Kredite bewilligt worden, und 57 Millionen sind für 1982 bereits ausbezahlt.

Die Unterstützungsleistungen richten sich in den Kantonen nach kantonalem Recht; Hilfswerke wenden Richtsätze des

Bundesamtes für Polizeiwesen an, die sich an die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge anlehnen. In gleicher Weise gelten diese Richtsätze übrigens auch für Schweizer. Artikel 7 Absatz 1 des Finanzhaushaltsgesetzes verlangt, dass der Voranschlag gestützt auf sorgfältige Schätzungen erstellt werden soll. Dies ist im Bereich der Flüchtlingsunterstützung schwierig, aus begreiflichen Gründen. Man kann nicht genau voraussagen, wo sich Zustände ergeben, die einen Flüchtlingsstrom zur Folge haben.

In Anbetracht der seit Erstellung des Voranschlages 1983 erfolgten Entwicklung müssen die im Voranschlag eingestellten 51 Millionen als äusserst knapp geschätzter Betrag angesehen werden. Die hohe Zahl der Asylbewerber in diesem Jahr – es sind rund 6000 – wird ohne Zweifel auch Auswirkungen auf die Rechnung 1983 haben. Die von Herrn Kollege Fritz Meier geforderte Kürzung wäre eine sehr künstliche Massnahme, die unweigerlich zu massiven Nachtragskreditbegehren führen würde. Wollen wir das oder wollen wir das nicht? Eine Abwälzung der Kosten auf die Kantone ist im übrigen nicht möglich, da hier keine Rechtsgrundlage besteht.

Was nun die Reduktion der Betreuungskostenbeiträge an die Hilfswerke anbetrifft: Dazu ist zu sagen, dass den Hilfswerken 90 Prozent der Unterstützungen vom Bund zurückvergütet werden. Aber die Betreuungskosten gingen bisher voll zu Lasten der Hilfswerke, und die Hilfswerke haben in den Jahren 1975 bis 1981 insgesamt ein Defizit von rund 10 Millionen Franken erzielt. Das konnte bis jetzt aus Reserven und freien Mitteln gedeckt werden. Wegen rückläufiger Spendeneingänge sind aber diese Mittel heute ausgeschöpft. Deshalb beschloss der Bundesrat in Abänderung der Asylverordnung am 12. November 1982, also vor kurzem, und nach sorgfältiger Überprüfung der Finanzlage der Hilfswerke, diesen rückwirkend auf den 1. Januar 1982 eine Defizitdeckung von maximal 15 Prozent der ausgerichteten Unterstützungsleistungen zu garantieren. Die geforderte Kürzung der Betreuungskostenbeiträge von 6,6 Millionen auf 1 Million hätte unweigerlich zur Folge, dass sich die Hilfswerke innert Monaten ausserstande erklären müssten, die Flüchtlingsbetreuung im Auftrage des Bundes weiterhin wahrzunehmen. Und eine solche Erklärung hätte dann ganz wesentliche Mehrkosten des Bundes zur Folge. Ich beantrage Ihnen deshalb, die Anträge von Fritz Meier abzulehnen.

Nun noch ein Wort zum Bundesamt für Zivilschutz: In Anbetracht verschiedener Nachtragskreditbegehren auf diesem Sektor stellt sich die Frage, ob die im Voranschlag für das nächste Jahr eingestellten Beträge wirklich auf realistischen Annahmen beruhen. Der Departementsvorsteher, Herr Bundesrat Furgler, hat zwar in der Kommission der Hoffnung Ausdruck gegeben, er komme nächstes Jahr ohne Zusatzbegehren aus. Aber gleichzeitig musste er darauf aufmerksam machen, dass die Aufwendungen für den Zivilschutz im Gegensatz zu den Ausgaben für die militärische Landesverteidigung sowohl real als auch in absoluten Zahlen seit Jahren rückläufig sind. Und diese Verzerrung, diese Entwicklung ist im Interesse einer wirksamen Gesamtverteidigung sicher sehr zu bedauern.

Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig, den Voranschlag des Justiz- und Polizeidepartementes zu genehmigen und den Antrag von Herrn Fritz Meier abzulehnen.

Meier Fritz: Ich spreche zu 493.03 und 493.06 des Voranschlages auf Seite 35: Unterstützung von Flüchtlingen und Beiträge an die Betreuungskosten der Hilfswerke. Nach Artikel 3 des Asylgesetzes ist nicht nur der in der Heimat an Leib, Leben und Freiheit gefährdete, sondern auch der unter einem unerträglichen psychischen Druck leidende Ausländer Flüchtling. Theoretisch verpflichtet sich damit die Schweiz in Friedenszeiten, jedem Osteuropäer, Südamerikaner, Afrikaner und Asiaten, der sich in der Heimat benachteiligt fühlt, in unserem Lande Asyl anzubieten. Die extremen Forderungen schweizerischer Hilfswerke, die 90 Prozent der Folgekosten dieser Politik grosszügig dem

Bund überlassen, haben dazu geführt, dass das Asylgesetz vom Bundesrat sehr extensiv ausgelegt und gehandhabt wird. Zwischenbemerkung zu Kollege Müller: Das Asylgesetz verpflichtet zum Beispiel den Bundesrat nicht, 1000 Polen aus Österreich einreisen zu lassen oder 5000 Vietnamesen aus Südostasien einzufliegen. Die finanziellen Auswirkungen des Massenimportes von Polen aus Österreich, Vietnamesen und Kambodschanern aus Südostasien haben ihren Niederschlag in den jährlich sich wiederholenden Nachtragskrediten gefunden. Um diesem Missbrauch einen Riegel zu schieben, habe ich mit einer Motion die Revision einiger Artikel des Asylgesetzes beantragt, damit jener beschränkten Zahl von Flüchtlingen, für die unser Land wirklich zum rettenden Hort werden könnte, jederzeit Asyl gewährt werden kann.

Da der im Voranschlag 1983 auf 51 Millionen Franken stark erhöhte Betrag hauptsächlich mit der Aufnahme von über 1000 Polen aus Österreich begründet wird, erlaube ich mir die Feststellung, dass nach meiner festen Überzeugung 95 Prozent dieser polnischen Asylanten ihr Land aus wirtschaftlichen Erwägungen verlassen haben. Ihre Aufnahme bedeutet für mich eine Diskriminierung jener 35 Millionen Polen, die auch in schwerer Zeit ihrer Heimat treu geblieben sind. Da nach Artikel 7 des Asylgesetzes nachher auch Angehörigen eines in der Schweiz lebenden Flüchtlings Asyl gewährt werden kann, wird sich die Zahl der polnischen Asylanten bald verdreifachen, eine Entwicklung, die bei den Tschechen und Ungarn heute noch anhält, treffen doch beinahe täglich motorisierte Flüchtlinge aus diesen Ländern bei ihren Verwandten in der Schweiz ein.

Ich stelle fest, dass der Bundesrat mit seinen Asylangeboten das richtige Mass wieder einmal überschritten hat und im Volk höchstens noch die einhellige Unterstützung der Hilfswerke und jener Kreise findet, die seinerzeit die «Miteinander-Initiative» lanciert und unterstützt haben. Entgegen den Beteuerungen des Bundesrates haben weite Kreise des Schweizervolkes für die gegenwärtige Flüchtlingspolitik kein Verständnis mehr. Die Spendenmüdigkeit für die Hilfswerke ist ein Beweis dafür. Aufgrund der Situation auf dem Wohnungsmarkt würde ich es sehr begrüßen, wenn der Bundesrat dem Artikel 9 Absatz 3 des Asylgesetzes, der die Asylgewährung von der Aufnahmebereitschaft der Schweiz abhängig macht, mehr Beachtung schenken würde. Um ein Zeichen zu setzen, beantrage ich, den Betrag für die Unterstützung von Flüchtlingen von 51 auf 40 Millionen Franken herabzusetzen und die Beiträge an die Betreuungskosten der Hilfswerke von 6,6 auf 1 Million Franken zu reduzieren. Wenn das Parlament dem Bundesrat weiterhin freie Hand lässt, könnte der Gesamtaufwand für die Asylanten in einigen Jahren den heute abgelehnten Globalkredit für die Arbeitszeitverkürzung des Bundespersonals überschreiten. Deshalb bitte ich Sie, meinen Anträgen zuzustimmen.

Frau Blunschy: Ich bitte Sie, die Anträge von Herrn Fritz Meier auf massive Reduktion der Unterstützungen an Flüchtlinge und der Beiträge an die Betreuungskosten der schweizerischen Hilfswerke abzulehnen und den Anträgen des Bundesrates und der Kommission zuzustimmen. Dem Antragsteller ist offensichtlich die schweizerische Asylpolitik ein Dorn im Auge. Das Asylgesetz steht aber heute nicht zur Diskussion, und wenn es zur Diskussion stünde, so müsste festgehalten werden, dass die humanitäre Gesinnung, die in unserer Asylpolitik zum Ausdruck kommt, sich auf eine lange und bewährte Tradition stützen kann. Wir haben das Glück, seit langer Zeit von Kriegen verschont worden zu sein. Wir sind dankbar dafür, dass wir in Frieden und Freiheit leben dürfen. Dieser Dank findet seinen Ausdruck darin, dass wir Mitmenschen gegenüber, die dieses Glück nicht hatten, Entgegenkommen zeigen.

Der Antrag von Herrn Fritz Meier kann an der Asylpolitik nichts ändern. Die Anzahl der Flüchtlinge wird deswegen nicht geringer. Der Antrag trifft die Flüchtlinge selbst, die Kantone und vor allem die schweizerischen Hilfswerke, die im Auftrag des Bundes die Flüchtlinge betreuen. Es sind dies in alphabetischer Reihenfolge: Caritas, Christlicher

Friedensdienst, Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk, Verband schweizerischer jüdischer Fürsorgen, Schweizerische ökumenische Flüchtlingshilfe und Schweizerisches Rotes Kreuz. Diese Hilfswerke haben im Jahre 1981 zusätzlich zu den Beiträgen des Bundes 12 Millionen Franken aus eigenen Mitteln für die Flüchtlingsbetreuung aufwenden müssen. Die privaten Hilfswerke sind dadurch bis zu den Grenzen ihrer Leistungsmöglichkeit gefordert worden. Auf die Dauer ist es ihnen völlig unmöglich, Beträge in dieser Größenordnung an die Flüchtlingsbetreuung beizusteuern. Sie haben ja noch andere wichtige Aufgaben zu lösen. Die Hilfswerke sind dankbar dafür, dass der Bund die wegen des Anstiegens der Anzahl Flüchtlinge massiv gestiegenen Kosten in verstärktem Mass mittragen wird. Der Bund ist seinerseits auf die Flüchtlingsbetreuung durch die Hilfswerke angewiesen. Müsste diese Aufgabe durch den Staat gelöst werden, so wären die Gesamtkosten bedeutend höher; denn die Hilfswerke verfügen über zahlreiche freiwillige und ehrenamtlich tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihnen in der Flüchtlingsbetreuung beistehen.

Im Namen der Hilfswerke, die in der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe zusammengeschlossen sind, aber auch im Namen der betroffenen Flüchtlinge bitte ich Sie, den Antrag von Herrn Fritz Meier abzulehnen und Bundesrat und Kommission zuzustimmen.

Oehen: Ich fühle mich veranlasst, auf zwei Punkte, die unsere Kollegin, Frau Blunschy, soeben angeführt hat, zurückzukommen. Wenn der Antrag von Herrn Kollega Meier angenommen wird, wird natürlich die Unterstützung nicht abgebaut, sondern es ist dann immer noch eine deutliche Erhöhung von den 33 Millionen des Budgets vom vergangenen Jahr auf 40 Millionen vorhanden. Die Hilfswerke haben bis heute keine budgetierte Direkthilfe für ihre Kosten erhalten; sie bekämen also neuerdings 1 Million. Nun berührt es schon merkwürdig, wenn man auf allen möglichen Gebieten aus unserer Notsituation der mangelnden Finanzen heraus abbaut und hier plötzlich mit der grossen Kelle anzurichten beginnt.

Zur zweiten Bemerkung: Frau Blunschy behauptet, dass eine restriktive Haltung der Finanzen keinen Einfluss auf die Flüchtlingszahlen hätte. Das stimmt nicht. Wir haben neben den individuell einreisenden Flüchtlingen in den letzten Jahren grosse Aktionen organisiert, um Flüchtlinge aus der ganzen Welt in unserem Land aufzunehmen und hier zu betreuen. Wenn der finanzielle Rahmen eben enger gesteckt wird, dann weiss der Bundesrat, dass er bei diesen Aktionen mehr Vorsicht walten lassen muss.

Frau Blunschy hat zu Recht gesagt, wir könnten heute nicht eine Flüchtlingsdebatte führen. Mir scheint aber, Sie alle kennen den Unmut im Schweizervolk über Erscheinungen, die damit zusammenhängen, dass tatsächlich eine nicht geringe Zahl von «Wirtschaftsflüchtlingen» und Leuten, die ganz einfach Missbrauch mit dem Flüchtlingsstatut treiben, in dieses Land kommen. Wenn wir, das Parlament, hier unsere Budgethoheit im Sinne der Anträge von Herrn Meier anwenden, werden wir den Bundesrat zwingen, auf dem Gebiet des Flüchtlingswesens möglichst rasch zumindest einmal die Missbräuche abzubauen, damit wieder ein Gleichgewicht entsteht, und vielleicht auch, damit der vielerorts verständlicherweise überbordende Missmut wieder in seine Grenzen zurückgeführt werden kann. Langfristig nützen wir damit einer echt verstandenen Humanität mehr, als wenn wir einfach den Trends nachgeben, die heute bestehen, und mit sehr freigiebiger Hand das nicht vorhandene Geld verteilen.

Ich bitte Sie also, den Antrag von Herrn Meier zu unterstützen.

Bundesrat Furgler: Herr Meier beantragt, es sei im Voranschlag 1983 der Kredit für die Unterstützung von Flüchtlingen von 51 Millionen auf 40 Millionen und der Kredit für Beiträge an die Betreuungskosten von 6,6 Millionen auf 1 Million zu kürzen.

Darf ich auf die gesetzlichen Verpflichtungen hinweisen? Das Asylgesetz verpflichtet den Bund, den Kantonen bzw. den Hilfswerken die Aufwendungen für die Unterstützung von Asylbewerbern bzw. anerkannten Flüchtlingen zu vergüten. So steht es in Artikel 20 und in Artikel 31 des Gesetzes. Es handelt sich also um gesetzlich gebundene Ausgaben, die zum Teil von den Kantonen, zum Teil von den Hilfswerken für den Bund bevorschusst werden. Eine Anstandspflicht und eine gesetzliche Verpflichtung zwingen uns, diesen Partnern das, was wir ihnen schulden, auch zu geben. Die steigende Flüchtlingszahl hat in den letzten Jahren zu einer eigentlichen Kostenexplosion geführt. Das beschäftigt Sie, das beschäftigt den Bundesrat. Ich bedaure zutiefst, dass wir diesem Flüchtlingseleid als Völkergemeinschaft so hilflos gegenüberstehen. Die 15 bis 17 Millionen Menschen, die nirgends eine Heimat finden, müssen zum Nachdenken zwingen, nicht nur uns im Zusammenhang mit einer Budgetdebatte in der Schweiz, sondern sie müssten auch die Regierungen, die täglich neue Flüchtlinge erzeugen, indem sie die Grundrechte nicht respektieren, zum Nachdenken zwingen. Für dieses Thema reicht die Zeit jetzt nicht. Aber ich erachte es als Verpflichtung dieser Regierung, in jedem international möglichen Rahmen andere Regierungen zu partnerschaftlichem Handeln einzuladen und zu encouragieren, die Ursachen des Flüchtlingseleides zu bekämpfen.

Bei uns wirkt sich die steigende Zahl – früher waren es 1000 pro Jahr, jetzt werden es 6000 am Ende dieses Jahres sein – natürlich auch in den Kosten aus. Wir werden streng unterscheiden zwischen echten Flüchtlingen und dem, was Sie, Herr Meier und Herr Oehen, als «Wirtschaftsflüchtlinge» angesprochen haben. Überall, wo Menschen handeln, besteht die Gefahr des Missbrauchs. Wir verkennen diesen Missbrauch nicht, und wir haben mit den Kantonen gemeinsam eine erste Konferenz durchgeführt – die nächste wird im Januar stattfinden –, um hier noch besser als bisher eine frühzeitige Ausscheidung treffen zu können. Ich bitte Sie aber, Verallgemeinerungen nicht zu gebrauchen. Sie verkennen damit die Notlage jener, die wirklich an Leib und Leben gefährdet sind und von denen man nur hoffen darf, dass sie möglichst bald in irgendeinem Staat wieder integriert sind, um ein normales Leben mit ihren Angehörigen führen zu können.

Wenn Sie, Herr Meier, uns vorwerfen, der Bundesrat hätte die Zeichen der Zeit nicht erkannt, er habe wieder einmal – ich verwende Ihren Ausdruck – das richtige Mass nicht gefunden, als er 1000 Polenflüchtlinge aufnahm, dann verweise ich darauf, dass in jenem Staat, dem wir uns ja an sich ausserordentlich freundschaftlich verbunden fühlen, in der heutigen Regimesituation tatsächlich Flüchtlinge geschaffen werden. Diese aufzunehmen ist nicht nur die Verpflichtung des Nachbarstaates Österreich! Als sich dieses Nachbarland in der besonders schwierigen Situation befand, hat sich der Bundesrat entschlossen, eine Hilfeleistung zu erbringen. Wenn Sie behaupten, 95 Prozent davon seien Wirtschaftsflüchtlinge, dann haben Sie entweder hellseherische Fähigkeiten, über die ich nicht verfüge, oder dann verurteilen Sie Menschen, die Sie nicht verurteilen sollten. Ich neige zur zweiten Version.

Möge es Ihnen und uns erspart bleiben, auch in eine solche Lage zu kommen. Ich muss Ihnen also sagen, dass sich diese Unterstützungsleistungen nicht einfach reduzieren lassen, ohne dass man Menschen trifft und ohne dass man gesetzliche Verpflichtungen nicht erfüllt. Die für die Flüchtlingsunterstützung benötigten 65 Millionen sind schon deshalb ausgewiesen, weil bis jetzt 57 Millionen ausbezahlt werden mussten. Die Unterstützungsleistungen richten sich in den Kantonen nach kantonalem Recht. Hilfswerke wenden die Richtansätze des Bundesamtes an, das in meinem Departement eingegliedert ist und für die Flüchtlinge Verantwortung trägt. Das alles ist in der Konferenz für die öffentliche Fürsorge auch mit den Kantonen abgesprochen. Wir haben gemäss Artikel 7 Absatz 1 des Finanzhaushaltgesetzes knapp, aber sorgfältig budgetiert, und zwar abgesprochen mit unserem dafür federführenden zuständigen

Departement. Es gibt also auch budgetrechtlich keine Ausflüchte. Die geforderte Kürzung – und das wird Sie, Herr Oehen und Herr Meier, die Sie ja Realpolitik betreiben wollen, sicher zu überzeugen vermögen – wäre eine künstliche Massnahme, die unweigerlich weiteren Nachtragskreditbegehren rufen müsste. Eine Abwälzung der Kosten ist nicht möglich, die Rechtsgrundlage fehlt.

Ein letztes Wort zu den Hilfswerken. Ich bin Frau Blunschy – die selbst ein grosses Hilfswerk präsidiert – dankbar, dass sie alle Hilfswerke erwähnt hat. Ohne die Mitarbeit all dieser Werke müssten wir in unserem Lande einen grossen Beamtenapparat aufbauen, um diese riesige Aufgabe überhaupt erfüllen zu können. Selbst wenn wir 90 Prozent der Unterstützungsleistungen, die durch diese Hilfswerke erbracht werden, rückvergüten, blieben diesen Hilfswerken (wie Frau Blunschy erwähnt hat) noch ganz namhafte Defizite. Wenn wir nun daran gegangen sind, 15 Prozent rückzukoppeln, ist das nicht mehr als recht und billig. Ich möchte Sie also bitten, auch hier nicht an Abstriche zu denken, sondern die fairen Partner – denen ich an dieser Stelle im Namen des Bundesrates für die riesige Arbeit danke – Ihrerseits zu unterstützen, damit sie spüren, dass sie eine nationale Aufgabe erfüllen, die auch von Bundesrat und Parlament getragen wird.

Es geht hier um mehr als nur um Zahlen; es geht um Menschen, und zwar um notleidende Menschen. Ich sichere Ihnen zu, dass wir die Flüchtlingspolitik, über die sich unser Volk zu Recht immer wieder informieren will, so führen werden, dass sie der tiefen humanitären Verpflichtung unserer Eidgenossenschaft entspricht und dass andererseits Missbräuche nicht aufkommen können.

Ich ersuche Sie, die Anträge abzulehnen.

Präsident: Wir entscheiden über die beiden Anträge des Herrn Fritz Meier. Der erste betrifft die Position 493.03, Flüchtlingsunterstützung. Hier will Herr Meier den Budgetbetrag von 51 Millionen auf 40 Millionen senken. Kommission und Bundesrat widersetzen sich.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission offensichtliche Mehrheit

Präsident: Wir entscheiden über den zweiten Antrag, über den Beitrag an die Betreuungskosten der Hilfswerke.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission offensichtliche Mehrheit

Präsident: Wird zum Justiz- und Polizeidepartement noch das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. Das Budget dieses Departementes ist damit genehmigt.

Genehmigt – Approuvé

Verpflichtungskredite – Crédits d'engagements

Antrag der Kommission

4. Datenverarbeitungsanlagen 30,0 Mio Franken

Proposition de la commission

4. Ordinateurs 30,0 millions de fr.

Genehmigt – Approuvé

Jahreszusicherungskredite – Crédits annuels d'engagements

Antrag der Kommission

83 606 01 Tabaktrocknungsscheunen Streichen

Proposition de la commission

83 606 01 Hangars de séchage de tabac Biffer

Genehmigt – Approuvé

Bundesbeschluss über den Voranschlag der Schweizerischen Eidgenossenschaft für das Jahr 1983 und die Bewilligung von Verpflichtungskrediten

Arrêté fédéral concernant le budget de la Confédération suisse pour l'année 1983 et l'ouverture de crédits d'engagements

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Präsident: Mit den von Ihnen beschlossenen Änderungen wird ein Defizit von 955 742 250 Franken ausgewiesen.

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 2

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 1

Mehrheit

... die Zahl von 33 429 Etablissemänten (für 1982 bewilligter Bestand ohne Gerichte und Bundesamt für Rüstungsbetriebe) sowie ...

Minderheit

(Müller-Bern, Bratschi, Eggenberg-Thun, Jelmini, Morel, Riesen-Freiburg, Stich)

Nach Entwurf des Bundesrates

Antrag Riesen-Freiburg

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Übergangsfrist zur Einführung der 42-Stunden-Woche auf drei Jahre festzulegen und die Entwicklung des Personalbestandes nach dieser neuen Frist zu richten.

Antrag Kunz

Rückweisung an den Bundesrat mit dem Auftrag, die Übergangsfristen zur Einführung der 42-Stunden-Woche um je ein Jahr herauszuschieben.

Gleichzeitig sind die ursprünglich zusätzlich vorgesehenen Stellen wesentlich zu reduzieren. Dazu sind Rationalisierungsmaßnahmen und, wenn nötig, ein Abbau wenig verlangter Dienstleistungen vorzusehen.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 2

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 1

Majorité

... le nombre de 33 429 postes figurant à l'état (effectif autorisé pour 1982, sans les tribunaux fédéraux et l'Office fédéral de la production d'armements)

Minorité

(Müller-Berne, Bratschi, Eggenberg-Thoune, Jelmini, Morel, Riesen-Fribourg, Stich)

Selon projet Conseil fédéral

Proposition Riesen-Fribourg

Renvoi au Conseil fédéral avec mandat de fixer à 3 ans la période transitoire pour l'introduction de l'horaire hebdomadaire de 42 heures et de fixer l'évolution des effectifs en fonction de ce nouveau délai.

Proposition Kunz

Renvoi au Conseil fédéral en l'invitant à prolonger d'un chacune des périodes transitoires pour l'introduction de la semaine de 42 heures.

Le nombre des postes supplémentaires prévus à l'origine devra, par ailleurs, être sensiblement réduit. A cet effet, il y aura lieu de prendre des mesures de rationalisation et également de réduire, au besoin, les prestations peu demandées.

Präsident: Hier liegt ein Minderheitsantrag vor, über den im Zusammenhang mit der Budgetkürzung bereits entschieden worden ist. Ein Antrag auf eine nochmalige Abstimmung wurde nicht gestellt; der Minderheitsantrag ist damit erledigt.

Ferner liegt ein Antrag Kunz vor; weil er aber nicht das Budget 1983 betrifft, hat Herr Kunz ihn zurückgezogen. Schliesslich liegt noch ein Antrag Riesen vor.

M. Riesen-Fribourg: La proposition que j'ai l'honneur de vous soumettre est une ultime tentative de conciliation. Elle vise à éviter une brusque aggravation du climat social, qui s'est déjà, hélas! détérioré de façon aiguë. Dans le secteur privé, le sous-emploi progresse chaque jour, le chômage s'amplifie et provoque l'angoisse. Les méfaits du chômage, s'ils touchent au premier chef les travailleurs, ne sont pour autant pas bénéfiques pour les employeurs; ils sont en tout cas grandement préjudiciables à l'ensemble de notre économie.

Dans ces conditions, la solidarité entre toutes les couches de la population devient une nécessité impérieuse. Sans un climat social serein et confiant, cette indispensable solidarité ne sera pas possible. Aussi est-il faux de donner, comme nous l'avons fait ce matin, une dimension essentiellement politique au problème de la réduction du temps de travail du personnel de la Confédération. Cette dimension se situe au-delà des slogans. Que signifie, par exemple, «plus de liberté et moins d'Etat» quand l'économie nationale et les finances publiques sont en danger? Plus que jamais l'économie a besoin de l'Etat pour protéger ses secteurs faibles, pour encourager ses efforts de restructuration, pour déclencher des processus d'impulsion et en outre, pour garantir les risques des exportations. La liberté, suppose pour chaque individu une indépendance socio-économique. Cette indépendance n'est pas possible en cas de chômage, car elle est restreinte par le sous-emploi et rendue difficile par la récession.

Dans des circonstances socio-économiques normales, la situation idéale est d'avoir des finances saines, d'une part, et des conditions favorables pour tous, d'autre part. Malheureusement, nous ne sommes plus dans une situation normale. Nous ne pouvons donc pas jouir des deux avantages que je viens d'évoquer, nous sommes tous d'accord sur ce point. Mais devons-nous, en revanche, refuser toute possibilité de progrès, même là où ce progrès serait parfaitement possible? Devons-nous, sous prétexte de difficultés financières de la Confédération, refuser de récolter dans le champ de la paix sociale, là où nous avons semé depuis de longues années, dans un terrain que nous avons cultivé avec persévérance?

Cette situation, le Conseil fédéral l'a largement comprise. Oui, notre gouvernement a pris les responsabilités qui lui incombaient; après avoir négocié avec ses partenaires naturels, il a décidé la réduction progressive du temps de travail du personnel de la Confédération, de 44 à 42 heures. Mais le Conseil fédéral ne pouvait pas prendre à notre place la décision corollaire à la sienne, puisque la compétence financière nous appartient exclusivement. Par conséquent,

la réduction du temps de travail a été mise en échec par le vote nominal auquel nous avons procédé.

Le cadre de ce vote était tout à la fois trop rigide et trop étroitement limité. Pour accepter, nous devons obligatoirement prendre en charge des exigences fixées unilatéralement par le gouvernement et par son administration. Les deux principales obligations que nous étions contraints d'accepter consistaient, premièrement, à approuver une augmentation de l'effectif du personnel dont les composantes ne pouvaient être ni changées, ni nuancées par le Parlement. Par exemple, il nous était impossible de proposer des solutions de rechange aux augmentations de l'effectif envisagées par le gouvernement et l'administration. Deuxièmement, nous devons accepter le délai de deux ans fixé par le Conseil fédéral pour arriver à la semaine de 42 heures. Pas moyen de proposer ici une prolongation temporaire de ce délai. Pourtant, celle-ci aurait pu nous donner davantage de temps pour mettre en œuvre, par exemple, des mesures de rationalisation propres à tempérer précisément cette augmentation de l'effectif.

En bref, nous avons dû voter globalement pour une solution rigide alors que des solutions plus souples auraient pu être envisagées. C'est pourquoi je vous propose de renvoyer au Conseil fédéral l'article 2 de l'arrêté fédéral concernant le budget. Par ce renvoi, nous donnerions au gouvernement la possibilité de nous présenter une solution plus souple pour l'introduction de la semaine de 42 heures. Il suffirait de modifier très légèrement les chiffres acceptés ce matin au vote nominal. Il s'accorderait ainsi une année de plus pour réaliser l'objectif final. Je précise que les termes de «trois ans» impliquent une année supplémentaire. La réduction à 42 heures pourrait ainsi intervenir à partir du 1^{er} juin 1986 au lieu de 1985. Dans ces conditions, il serait loisible au Conseil fédéral de mentionner, dans cet article 2, des effectifs conformes aux dépenses prévues par le budget tel qu'il résulte de nos délibérations. Le délai supplémentaire d'un an accordé au gouvernement lui permettrait en outre, pour les budgets de 1985 et de 1986, de prévoir des augmentations d'effectif plus nuancées qui tiendraient mieux compte des possibilités de rationaliser le travail.

M. Kunz a retiré sa proposition. Elle visait le même but que la mienne. Nous avons donc une situation plus claire. Je le remercie.

Pour clore, je vous invite à soutenir cette proposition, car elle devrait nous permettre de débloquer la situation, d'adopter une attitude moins doctrinaire et moins rigide à l'égard du personnel de l'administration fédérale, d'appuyer la lutte contre le chômage et, surtout, de préserver la paix sociale dans notre pays.

Weber Leo: Herr Kunz hat einen gleichliegenden Antrag wie Herr Riesen gestellt, hat ihn aber zurückgezogen. Das tat er zu Recht, und man hätte eigentlich wünschen mögen, dass Herr Riesen dasselbe tue. Herr Riesen verlangt eine Verlängerung der Übergangsfrist zur Einführung der 42-Stunden-Woche um ein Jahr. Voraussetzung für eine Verlängerung wäre, dass die Einführung der 42-Stunden-Woche vom Parlament grundsätzlich gebilligt worden wäre. Nun hat das Parlament die Einführung pro 1983 unter Namensaufruf klar abgelehnt. Dementsprechend sind die Personalbestände in Artikel 2 des Budgetbeschlusses festzulegen, und zwar nicht nach dem Antrag des Bundesrates, sondern nach dem Antrag der Kommission, d. h. 40 Etatstellen tiefer als vorgesehen. Das sind jene 40 Stellen, die bei der Zentralverwaltung zur sukzessiven Einführung der 42-Stunden-Woche vorgesehen gewesen wären.

Für eine Rückweisung des Artikels 2 besteht kein Raum. Sollten Sie dem zustimmen, würde es nichts anderes bedeuten, als dass nun durch eine Hintertüre auf den Antrag des Bundesrates zurückgekommen und damit das Gegenteil dessen beschlossen würde, was unser Rat vor zwei Stunden entschieden hat.

Beim Antrag Riesen handelt es sich rechtlich nicht um einen selbständigen Antrag, sondern um einen Rückkommensantrag auf unseren Beschluss; er wäre auch entspre-

chend zu behandeln. Sollten Sie ihn billigen, müsste eine zweite Abstimmung stattfinden, und zwar wieder unter Namensaufruf.

Ich ersuche Sie, davon Umgang zu nehmen und den Antrag Riesen abzulehnen.

M. Bonnard: Je dois avouer que je ne comprends absolument pas la proposition de M. Riesen.

Nous avons décidé ce matin, au vote nominal, la suppression, au Département des finances, du crédit global de 5 millions pour la réduction de la durée du travail. Cette décision a un sens tout à fait clair: en 1983, le Conseil fédéral ne pourra pas engager du personnel en vue de préparer l'introduction, en 1984 et 1985, de la réduction de la durée du travail. Notre décision n'a absolument aucune autre signification. Le Conseil fédéral, sur la base de cette décision, est maintenant totalement libre de reprendre les négociations avec les associations du personnel et de convenir avec elles de toute autre solution n'impliquant pas l'engagement de personnel en 1983. Il pourrait parfaitement, si la situation économique se redressait, maintenir sa décision pour 1984, en engageant du personnel seulement au cours de cette année-là. Il en a le droit absolu.

Autrement dit, Monsieur Riesen, votre proposition est plus restrictive que la décision que nous avons prise ce matin. Je ne la comprends pas et je vous invite à la retirer.

Pini: Siamo appena usciti da un voto sicuramente lacerante che non può essere, e non sarà sicuramente, capito per il riferimento che puntualmente aveva, non solo nell'ambito di questo Parlamento, ma anche e in particolare in quello dell'opinione pubblica. Io ritengo, contrariamente a quanto ha affermato il collega Bonnard, che il problema di principio delle 42 ore non era, a mio modo di vedere, l'oggetto su cui noi dovevamo pronunciarci. Purtroppo la votazione ha dato, attraverso l'appello nominale, questa apparenza e così questa apparenza si riflette nella vita del paese. La proposta del collega Riesen, quella di riportare al Consiglio federale l'oggetto per riconsiderarlo in un'articolazione diversa, molto più conseguente e adattabile alle contingenze della situazione economica del paese e finanziaria della Confederazione, la ritengo un atto saggio che deve a questo punto ricevere il sostegno del Parlamento. Guai se dovesse nascere, indipendentemente dalle prese di posizioni avvenute in questo Parlamento, una frattura di comprensione tra noi, il paese, e in particolare i lavoratori che sono nel settore dell'esercizio delle imprese federali e che a giusta ragione hanno portato in avanti la loro rivendicazione. Lo dico proprio perché sono fra quelli che hanno votato no questa mattina; non un no contro il principio delle 42 ore, ma per l'incidenza che una tale decisione comportava nel quadro degli impegni responsabili delle finanze federali nei prossimi due anni. Attraverso la proposta Riesen, noi diamo la possibilità al Consiglio federale di articolare diversamente la sua politica del personale, e di avvicinarsi in maniera graduale, ma ferma e realistica, all'obbiettivo che, penso, la maggioranza di questo Parlamento è d'accordo di accettare, cioè quello della diminuzione delle ore lavorative a 42 ore. Io invito il Parlamento, soprattutto dopo il voto di questa mattina, che ha creato sicuramente anche confusioni interpretative al di fuori di quest'aula, di accettare la proposta Riesen.

Hofmann, Berichterstatter: Herr Kollege Leo Weber hat bereits klar dargelegt, warum der Antrag Riesen abgelehnt werden müsse. Ich habe dem nichts beizufügen und ersuche Sie, den Antrag Riesen abzulehnen.

Präsident: Herr Riesen wünscht noch eine Erklärung abzugeben.

M. Riesen-Fribourg: Ce matin, nous avons décidé la suppression de 40 emplois nouveaux prévus par le Conseil fédéral, mais nous n'avons pas eu l'occasion de nous prononcer sur l'engagement d'un effectif intermédiaire de

nouveaux fonctionnaires. Nous nous sommes prononcés sur l'alternative du tout ou rien, mais nous n'avons pas pu nous exprimer à propos d'une solution médiane. Ma proposition cherche justement à donner au Conseil fédéral la possibilité de nous présenter une telle solution. Il pourrait le faire rapidement et nous pourrions en décider tout aussi rapidement. Je vous en prie, ne coupez pas tous les ponts, laissez cette possibilité ouverte.

M. Barchi, rapporteur: La Commission des finances n'a évidemment pas eu la possibilité de se pencher sur les différents problèmes qui découlent de cette nouvelle proposition de M. Riesen.

Dans mon rapport général, j'avais rappelé qu'une proposition intermédiaire avait été déposée par M. Riesen, à l'intention de la commission. Cette dernière n'a pas eu la possibilité d'étudier cette proposition intermédiaire, étant donné que la proposition préliminaire de revenir sur l'objet a été refusée. La commission a donc simplement voté sur la question de principe de revenir ou non sur cet objet, et a par ce biais rejeté la proposition de M. Riesen.

Pour tenter d'interpréter l'opinion de la majorité de la commission, je dois m'appuyer avant tout sur des notions juridiques. Ce qui a été dit par M. Leo Weber est juste, nous nous trouvons face à deux compétences: celle du Conseil fédéral qui est la seule autorité légitimée à réduire la durée du travail, et celle des Chambres fédérales qui sont seules qualifiées à approuver le budget, et notamment de nouvelles dépenses liées à l'augmentation du personnel.

Etant donné que le Parlement a rejeté la proposition d'augmentation des dépenses liées à l'augmentation du personnel, si nous voulons maintenant, par le biais de l'article 2 de l'arrêté, revenir en arrière et donner au Conseil fédéral la directive de réaliser cette réduction de l'horaire de travail un an plus tard, nous ferons simplement une déclaration dans un arrêté qui concerne le budget 1983, déclaration qui pourrait, le cas échéant, avoir des effets sur le budget de l'année 1984 ou 1985, voire 1986, mais pas en 1983. Voilà quelle est la situation sur le plan juridique.

L'argument développé par M. Bonnard est un argument d'ordre juridique mais qui a déjà trait à la substance. Il nous dit que la création de 40 postes nouveaux donne toutefois à la Confédération la possibilité de négocier avec les représentants du personnel une réduction future de la durée du travail déjà à partir du 1^{er} janvier 1984, à la condition que le Conseil fédéral trouve le moyen de réduire la durée du travail par une augmentation de la productivité, ou simplement par une augmentation des dépenses dans le budget 1984. Si nous acceptons la proposition de M. Riesen, le Conseil fédéral sera par contre lié par des délais plus longs. La proposition Riesen est trop restrictive à l'égard de la liberté de négociation du Conseil fédéral.

L'argument de M. Bonnard est très théorique parce que, finalement, il revient à dire que, du fait que la proposition de M. Riesen permet au Conseil fédéral d'échelonner encore plus dans le temps la réduction de la durée du travail du personnel fédéral, nous imposerions de manière impérative au Conseil fédéral une procédure qui pourrait être contraire aux intérêts du personnel! Or, notre Parlement s'est déjà, en réalité, déclaré favorable à un échelonnement aussi étendu que possible, si bien que l'argument de M. Bonnard, même s'il est séduisant du point de vue théorique, n'a aucun poids du point de vue pratique.

Je me suis efforcé, en interprétant surtout les effets juridiques – qui seraient nuls – de vous exposer les raisons pour lesquelles la majorité de la commission est certainement d'avis qu'il faut rejeter la proposition de M. Riesen. Politiquement – dans la mesure où une déclaration insérée dans l'article 2 a tout de même une valeur politique – je peux partager l'avis de M. Riesen et, personnellement, j'appuierai sa proposition.

Art. 3 und 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 3 et 4

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes

103 Stimmen

Dagegen

11 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Schluss der Sitzung um 12.20 Uhr

La séance est levée à 12 h 20

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

73 Stimmen

Für den Antrag Riesen-Freiburg

54 Stimmen

Voranschlag der Eidgenossenschaft 1983

Budget de la Confédération 1983

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.052
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.12.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1560-1581
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 000

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.